

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkundigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zusußklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 20 Pf für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum berechnet

Außerordentlicher Verbandstag.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachungen in den Nummern 8 und 11 des „Grundstein“ berufen wir hiermit den außerordentlichen Verbandstag auf den 4., 5. und 6. Mai nach Weimar ein.

Die Tagesordnung lautet:

1. Bericht über den Stand des Verbandes.
2. Tarifvertrag.
3. Ergänzungswahlen und Gehaltsfrage.
4. Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftsfongress.

Der Verbandstag findet im Volkshaus statt. Er beginnt am 4. Mai, 9 1/2 Uhr vormittags.

Die Mandate werden den Delegierten durch die Vereinsleitungen zugesellt.

Die Delegierten müssen sich so einrichten, daß sie rechtzeitig, eventuell am Abend vor dem Verbandstag, in Weimar eintreffen.

Der Verbandsvorstand.

Gewerkschaften oder Räteystem?

Die Revolution hat den deutschen Arbeitern neben reichem volkischen Segen auch wirtschaftliche Erfolge gebracht, deren Bewirtlichung seit langem das Ziel der Gewerkschaften war. Es ist hier nur zu erinnern an die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages, an den einigüßigen Zusammenbruch des Herr-im-Hause-Standpunktes bei unserm kriegswirtschaftlichen Interessentum, an die Einführung einer ausreichenden Arbeitslosenunterstützung, an die gewaltige Steigerung des Einkommens der Arbeiterklasse bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und an die Schaffung der Voraussetzungen für eine weitgehende gewerkschaftliche Demokratie.

Um alle diese Dinge haben die Gewerkschaften seit Jahrzehnten mühsam gekämpft. Stolz für Stolz sind sie ihnen in den Industrien, wo ihre Organisationen stark und die Unternehmer nicht übermächtig waren, nähergekommen, und manche im Vordergrund des gewerkschaftlichen Kampfes stehende Arbeitergruppe hatte diese Ziele wenigstens zum Teil schon erreicht. Aber in der Großindustrie, vor allem im Bergbau und in der Hüttenindustrie war, das Unternehmertum, auf seine Herrschaft im Staat und auf die Macht der Majonette sowie auf seine gelben und unorganisierten Hilfsgruppen gestützt, noch bis tief in den Krieg hinein, bis zum Ausbruch der Revolution so übermächtig stark, daß ihm die Gewerkschaften nur wenig anhaben konnten. Hier hat die Revolution gründlich Wandel geschaffen, indem sie die politische Macht in die Hände der Arbeiter und Soldaten legte und die alte Macht und Kleinherlichkeit der Kapitalisten zerbrach.

Nach diesem schönen Siege der Revolution fehlt es nun nicht an Leuten, die die Aufgaben der Gewerkschaften für erfüllt halten und diese selbst für überflüssig ansehen. Daß die Syndikalisten, die Nachfolger der ehemaligen Anarchopolisten und Sozialisten Katerscher Richtung sich zum Kampfe gegen die gewerkschaftlichen Zentralverbände mit dem Spartakus- und Verbunden haben, ist unsern Kollegen aus einem früheren Artikel im „Grundstein“ bekannt. Sie sehen die gewerkschaftlichen Zentralverbände mit Recht als Feinde der anarchisch-syndikalistisch-syndikalistischen Politik an und bemühen sich deshalb, wie das ja die Sozialisten seit Jahrzehnten getan haben, um die Zentralverbände der freien deutschen Gewerkschaften zu zerschlagen. Ihre Ziele sind revolutionäre, örtlich begrenzte syndikalistisch-spartakistische Einheitsorganisationen sehen, die die Revolution fortzuführen und den Kapitalismus beseitigen sollen. Aber auch von weiter rechtsstehenden Leuten hört man gelegentlich die Meinung vertreten, daß die Gewerkschaften

in Zukunft kein rechtliches Betätigungsfeld mehr hätten. Sie verweisen darauf, daß den Gewerkschaften durch die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages eine ihrer wichtigsten Aufgaben: der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, abgenommen worden sei, daß im übrigen die Lohn- und Arbeitsbedingungen von den Arbeiter- und Soldatenräten geregelt werden könnten, und daß nach Einführung der Arbeitslosenunterstützung durch das Reich auch das gewerkschaftliche Unterstüßungswesen nicht mehr nötig sei, so daß den Gewerkschaften von ihren ganzen bisherigen Aufgaben nicht mehr viel übrig bleibe.

Wir halten diese Auffassung für einen schweren Irrtum. Wir halten es zwar für wahrscheinlich, daß später eine Zeit kommen wird, wo den Gewerkschaften von ihren alten Aufgaben nicht mehr viel übrigbleibt. Aber heute sind wir noch lange nicht soweit, und wenn wir erst soweit sind, werden sich für die Gewerkschaften wahrscheinlich neue Aufgaben in großer Zahl ergeben. Abgesehen davon, daß durch die Revolution nur Einzelverbesserungen, wenn auch sehr wichtige, erreicht worden, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter insgesamt und im einzelnen aber noch längst nicht zur Zufriedenheit der Arbeiter geregelt sind, halten wir es auch für einen schweren Irrtum, zu glauben, daß die Errungenschaften der Revolution auf wirtschaftlichem Gebiet ohne weiteres für alle Zeiten gesichert seien und daß es in Zukunft auch ohne Gewerkschaften leicht sei, die Lohn- und Arbeitsbedingungen dauernd zum Wohl und zur Zufriedenheit der Arbeiter zu regeln. Sicherheit für die Erhaltung und den weiteren Ausbau des Errungen bieten nur starke wirtschaftliche Organisationen. Ohne deren unaußgegessene Aufklärungsleistung und sonstige unerlässliche zugehörige Vorarbeit wären die jetzigen revolutionären Erfolge niemals errungen worden. Die Revolution hat ja auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete nur fortgesetzt und zum Teil vollendet, was von der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften in langjähriger Arbeit unter fortgesetzten Kämpfen vorbereitet und bereits zum guten Teil durchgeführt war. Und sie konnte es nur vollenden, weil die stark organisierte Macht der deutschen Arbeiter hinter ihr stand, die Revolution leitete und ihre Erfolge alsbald durch Uebernahme der politischen Gewalt gefestigt verankerte. Würde diese organisierte Macht zerfallen, so würden damit die Grundlagen zerstört, in denen die Errungenschaften der Revolution verankert sind, und damit wären diese Errungenschaften selbst gefährdet.

Die Gewerkschaften haben auch in Zukunft nicht nur das durch sie selbst und durch die Revolution Errungene zu erhalten und weiter auszubauen, sondern sie haben auch neue Aufgaben in großer Zahl zu übernehmen. Sie haben, um nur einiges anzuführen, ihre Arbeit fortzuführen, die sie lange vor der Revolution zur Erringung der gewerkschaftlichen Demokratie eingeleitet haben. Sie haben gemeinsam mit den Unternehmern und der Staatsgewalt an dem Wiederaufbau unserer Wirtschaftslieben zu arbeiten und sie haben schließlich auch bei der Sozialisierung unserer Wirtschaft als berufene Vertreter der Arbeiter mitzuwirken. Sie haben zum guten Teil in friedlicher Arbeit die Aufgaben mit zu erfüllen, die die Syndikalisten den zu gründenden revolutionären Einheitsorganisationen zuweisen, und die Ziele mit zu erreichen, die die Syndikalisten in wahnwitziger Verblendung durch Putsch seiner Volkstreff, durch die Gewaltherlichkeit seiner Minderheiten und die Zerrinnernung unserer Volkswirtschaft erreichen wollen. Um das zu können, werden die Gewerkschaften wahrscheinlich nicht dauernd in ihrem heutigen Zustand verbleiben können, sondern es werden sich mit der Zeit in ihrem Aufbau und in ihren ganzen Einrichtungen mancher Veränderungen notwendig machen.

Diejenigen, die die Abdonkung der Gewerkschaften zugunsten des Räteystems verlangen, weisen unter anderem darauf hin, daß die Räte während der kurzen Zeit ihres Bestehens viel für die Arbeiter erreicht hätten. Zu der Tat haben die Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolutionszeit viel erreicht. In manchen Orten haben sie auf Wunsch einzelner Arbeitergruppen den Unternehmern dieser Gruppen Löbne diktirt, die die Gewerkschaften vielleicht nicht bekommen

und auch nicht verlangt hätten, weil sie es nicht für richtig halten, unter Ausnutzung einer besonders günstigen Gelegenheit für eine Arbeitergruppe auf Kosten der Gesamtarbeiterklasse und der ganzen deutschen Volkswirtschaft Sondererlöse herauszuschlagen, die sich ohne schweren Schaden für die Allgemeinheit -- und zum Teil auch für die damit begünstigten Arbeitergruppen selbst -- auf die Dauer gar nicht aufrecht erhalten lassen. Bei diesem syndikalistisch-spartakistischen Vorgehen mußte man nicht selten zu der Meinung kommen, daß es einzig und allein darauf berechnet war, die Arbeiter gegen die Gewerkschaften aufzuheben und diesen ein ersprißliches Wicken zu erschwern. Indessen gilt das nur von einzelnen Arbeiter- und Soldatenräten. Die große Mehrzahl von ihnen hat ohne weiteres die Gewerkschaften als berufliche Interessensvertretung der Arbeiter anerkannt und ihnen die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen überwießen.

Außer den materiellen Erfolgen der Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolutionszeit werden dem Räteystem von seinen Anhängern gegenüber den Gewerkschaften noch andere große Vorteile nachgesagt. Vor allem wird von ihnen behauptet, daß sie, weil sie die Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre Berufszugehörigkeit nach Betrieben und in ihrer Gesamtheit erfassen, eine höhere Organisationsform seien als die Gewerkschaften, die die Arbeiter nur beruflich organisierten.

Dieser Hinweis ist nicht ganz ohne Berechtigung. Tatsächlich hat die berufliche Gliederung der Gewerkschaften, die ursprünglich durchaus notwendig war und die bis zu einem gewissen Grade auch in Zukunft nicht entbehrt werden kann, in manchen Großindustrien zu wenig befriedigenden Zuständen geführt. Man braucht sich nur an die Verhältnisse auf den Werften zu erinnern, wo eine ganze Reihe von Berufsgruppen in einem Betrieb beschäftigt sind und wo beispielsweise bei Lohnbewegungen 6, 8 oder mehr Organisationen zusammenwirken müssen. Das bringt Unzutrefflichkeiten und Scherereien der verschiedensten Art mit sich, und es ist ganz einsehend, daß hier die betriebmäßige Zusammenfassung aller Berufsgruppen in einer Organisation einen großen Vorteil bedeute. Tatsächlich haben diese Unzutrefflichkeiten, die sich auch in vielen Fabrikbetrieben bemerkbar machen, dazu geführt, daß innerhalb der Gewerkschaften seit Jahren ein ständig fortschreitender Zusammenschließungsprozeß stattfindet. Von den einfachen reinen Fachverbänden ist man immer mehr zu den komplizierten Industrieverbänden übergegangen, und in den Gewerkschaften selbst sind seit langen gewaltigen Kräfte am Werk, die einen weiteren Zusammenschluß der Gewerkschaften fordern. Der Krieg hat diesen Zusammenschließungs- und Umgruppierungsprozeß unterbrochen, man darf aber überzeugt sein, daß die Verhältnisse nach dem Kriege die Fortführung dieses Prozesses erzwingen werden.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist also die Ersetzung der Gewerkschaften durch das Räteystem nicht notwendig. Notwendig ist nur, daß die Gewerkschaften die nötige Beweglichkeit aufbringen und sich den Erfordernissen der Zeit und den neuen Verhältnissen anpassen. Sie dürfen sich nicht von außerhalb ihrer Reihen stehenden Elementen die Initiative aus der Hand nehmen lassen, sondern müssen darauf bedacht sein, aus sich selbst heraus die Organe zu entwickeln, die sich aus der Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses, aus der Einführung des konstitutionellen Arbeitssystems als notwendig ergeben.

Ubrigens wäre das Räteystem ohne Gewerkschaften als Kampfmittel der Arbeiter auch nur wenig geeignet. So vollkommen es die Arbeiter der Großbetriebe zu erfassen vermag, so unvollständig erfährt es die Arbeiter in Kleinbetrieben. Aber selbst soweit dieses System die Arbeiter erfasst, organisiert sie sie nicht. Das Räteystem ist organisatorisch nur eine durchaus lose Verbindung, das den einzelnen Arbeiter niemals so fest in sich eingliedern kann wie eine moderne Gewerkschaft. Beim Aufgeben der Gewerk-

schaffen zugunsten des Rätesystems ginge deshalb den Arbeitern ihre in ihrer Organisation ruhende Macht zum guten Teil verloren. Was das zu bedeuten hätte, darauf haben wir bereits verwiesen.

Als Aufgabe der Arbeiterräte wird vor allen Dingen die Durchführung der gewerblichen Demokratie und des Sozialismus genannt. Die Arbeiterräte sollen sich aufbauen auf Betriebsräten, und diese Betriebsräte sollen mitwirken an der Leitung der Fabrik oder der sonstigen Unternehmung. Sie sollen die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit regeln, die Rentabilität der Betriebe prüfen und zu diesem Zweck auch in die Geschäftsbücher Einsicht haben. Einzelne Anhänger des Rätesystems verlangen weiter, die Betriebsräte sollten die den Kapitalisten abzunehmenden und der Arbeiterschaft der Betriebe zu übertragenden Werke selber führen. Sie halten diese Art Eigentumsübertragung von einem großen auf eine Anzahl kleiner Kapitalisten für „Sozialisierung“. Diese Art Sozialisierung würden nun hauptsächlich die Gewerkschaften nicht mitmachen. Dagegen ist die Durchführung der gewerblichen Demokratie und die Mitarbeit bei der Verstaatlichung oder Kommunalisierung der dafür reifen Betriebe eine Aufgabe, die durchaus im Juge der gewerkschaftlichen Tätigkeit liegt. Die Gewerkschaften fordern, wie schon eingangs betont, die gewerbliche Demokratie nicht erst jetzt, sie haben sie schon lange vor dem Kriege in die Wege geleitet und zum Teil auch verwirklicht. Wenn sie sie in der Großindustrie, wo ihre Organisationen verhältnismäßig schwach und die Unternehmer mit Hilfe der Gelben und anderer Stützen des Kapitals übermäßig stark waren, nicht verwirklichen konnten, so lag das nicht zuletzt an jenen ebenfalls gelben und indifferenten Leuten, die heute als Anhänger des Sozialismus die lautesten Schreier im Kampf gegen die Gewerkschaften sind und für die Betriebsräte sind. Diesen Gegossen ist das Betrugsgelb und die Unterordnung verhältnismäßig. Ihnen ist es in Wahrheit auch heute nicht um die Sozialisierung, sondern einfach um die Durchsetzung selbsttätiger und antizipatorischer Bestrebungen zu tun.

Nicht bezeichnend ist es, daß die Gewerkschaften der Einführung des Rätesystems durch ihre alte Forderung auf Einführung von Arbeiterausschüssen in den Betrieben, die im Hilfsdienstgesetz endlich ihre Verwirklichung fand, stark vorgebeugt haben. Einen guten Teil der Aufgaben, die die Anhänger des Rätesystems den Betriebsräten in Zukunft übertragen wollen, hatten noch dem Hilfsdienstgesetz die Arbeiterausschüsse. Vor allem hatten sie bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzuwirken, wenn auch mehr in anregendem und beratendem als in durchführendem Sinne. Die Gewerkschaften, die die Einrichtung solcher Ausschüsse verlangt haben, haben damit freiwillig einen Teil ihrer Aufgaben an außerhalb ihrer Organisationen stehende Körperschaften abgegeben, die sich nun nach ihrer Umwandlung in Betriebsräte zum Teil als über den Gewerkschaften stehend betrachten und diesen die Exekutivberechtigung abspornen.

In einzelnen gut organisierten Gewerkschaften mit gut geregelten Arbeitsbedingungen hat man diese Entwicklung von Anfang an vorausgesehen und die Gefahr der Divergenzen, die aus diesen doppelten wirtschaftlichen Interessenvertretungen der Arbeiter entstehen müssen, rechtzeitig erkannt. Deshalb haben zum Beispiel die Arbeiter- und Unternehmerverbände des Baugewerbes gleich nach Erlass des Hilfsdienstgesetzes eine Vereinbarung getroffen, wonach im Baugewerbe nicht

außerhalb der Gewerkschaften stehende Arbeiterausschüsse — die ja unter Umständen auch von Unorganisierten gewählt werden könnten und die für die Einhaltung der tariflich vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen gar keine Gewähr bieten —, sondern die gewerkschaftlichen Vertrauensleute der Arbeiter (Baudelegierte) die im Hilfsdienstgesetz vorgesehenen Funktionen der Arbeiterausschüsse ausüben sollen. Diese Vereinbarung hat sich gut bewährt, sie wurde deshalb nach Ausbruch der Revolution ausdrücklich erneuert. Sie war freilich auch notwendig aus dem Grunde, weil man es im Baugewerbe gemeist mit kleinen und häufig wechselnden Arbeitsstellen zu tun hat, für die die Wahl von Arbeiterausschüssen — und das gleiche gilt von Betriebsräten — weit schwieriger ist als für feststehende industrielle Großbetriebe. In den Verhandlungen der Revolutionierung über die Regelung der Arbeitszeit, über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten und über die Einstellung, Entlassung und Entschädigung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung wird dieser Sachlage Rechnung getragen und die Wahl von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen in solchen Fällen ausdrücklich für überflüssig erklärt. Es wäre auch nicht einzusehen, was in gut organisierten, tariflich geregelten Gewerkschaften, nicht aus der organisierten Arbeiterschaft hervorgegangene und unter Umständen von den Organisationen im Gegenjag stehende Arbeiterausschüsse seien.

Was für die Arbeiterausschüsse gilt, gilt auch für die Betriebsräte, die ja nur ein anderer Name für die gleichen Körperschaften, allerdings mit etwas erweiterten Rechten, sind. In gut organisierten und tariflich geregelten Gewerkschaften für solche, außerhalb und vielleicht im Gegensatz zu den Gewerkschaften stehende Räte kein Platz. Die Gewerkschaften, die möglichst alle Arbeiter eines Berufs oder Industriezweiges in sich vereinen sollen, müssen nach wie vor die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Berufszugehörigen bindend regeln. Wohl aber können und müssen die Gewerkschaften aus sich heraus — durch die Wahl von Vertrauensleuten in den einzelnen Betrieben — die Betriebsräte bilden, die die Durchführung der vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben überwachen, die Betriebsführung im Sinne der gewerblichen Demokratie kontrollieren und die auch bei der Sozialisierung der besten Betriebe mitwirken müssen. Die Bildung solcher Körperschaften liegt durchaus im Juge der gewerkschaftlichen Entwicklung, und es ist schließlich vollständig gleichgültig, ob man diese Körperschaften Arbeiterausschüsse oder Betriebsräte nennt, oder ob man ihnen sonst einen passenden Namen gibt.

Etwas anders liegen die Verhältnisse heute noch in den Gewerkschaften und Industrien, wo die Arbeiter schlecht organisiert sind und eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bislang nicht möglich war. Hier kann vielleicht das System der Arbeiterausschüsse oder der Betriebsräte vorübergehend helfen. Aber auf die Dauer kann es die Gewerkschaften auch hier nicht ersetzen. Es leidet die wertvollste Arbeit, wenn es dazu beiträgt, daß auch in diesen Industrien die Gewerkschaften rasch erfahren, die Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln und die Durchführung der gewerblichen Demokratie, wie oben geschildert, selbst in die Hand nehmen. Wenn das geschieht, dann scheint uns die Frage: Gewerkschaften oder Rätesystem? zum höchsten Nutzen der Arbeiter gelöst zu sein.

Nach einem Artikel von H. Göttinger in der „Neuen Zeit“.

Abchluß des Reichstariivertrages.

Am 31. März, dem Tage des Abchlusses der alten Tarifverträge, ist es im Reichsarbeitsministerium zum Weftin zum Abchluß eines neuen Reichstariivertrages gekommen. Es ist dabei, wie uns die Teilnehmer an den Schlußverhandlungen berichten, nochmals zu ersten Auseinandersetzungen wegen einiger streitiger Punkte gekommen, und zeitweilig war man nicht weit davon entfernt, noch im letzten Augenblick ohne Ergebnis auseinanderzugehen. Schließlich wurde, aber doch eine Einigung erzielt. Im einzelnen wurden die streitigen Punkte wie folgt geregelt.

Die Zimmerer erklärten sich damit einverstanden, daß der Reichsverband des Deutschen Tischbaugewerbes als Träger des Reichstariivertrages mit zugelassen wird. Dagegen erklärten sich die Arbeitgeber zur Aufnahme einer Bestimmung in das örtliche Vertragsmuster bereit, wonach der Lohn für Zimmerer für jede Mannarbeit auch im Tischbaugewerbe zu zahlen ist.

Die Differenz wegen Bestimmung nicht geleisteter Arbeitszeit wurde ohne protokollierende Erklärung im Vertrage selbst geregelt. Die Arbeitgeber erklärten sich, daß im allgemeinen der Lohn nur für die wirklich geleistete Arbeitszeit zu zahlen ist. Eine Ausnahme: soll jedoch dann gemacht werden, wenn der Arbeiter infolge eines Geburts-, Krankheits- oder Todesfalles in seinem Heimatsort nachweislich an der Arbeit verhindert war. In diesem Falle soll ihm die veräumte Arbeitszeit zu einem Arbeitstag bezichtigt werden. Wenn die Arbeit wegen Witterungsverhältnissen, Materialmangel oder Betriebsstörungen ruhen muß, soll der Arbeiter seinen Lohn beanspruchen können. Nur wenn bei Beginn der Arbeit Materialmangel oder Betriebsstörungen eintraten, soll der Arbeiter, wenn er sich zur Arbeit meldet, eine Entschädigung bis zu 2 Stunden erhalten.

Hinsichtlich der Nordarbeit gaben sich die Unternehmer mit einer unvollständigen Forderung der von den Arbeitervertretern vorgelegten protokollierenden Erklärung zufrieden. Die Bestimmung, wonach Nordarbeit zulässig ist, bleibt in Zukunft aus dem Vertrage heraus. Auf die Aufnahme einer Bestimmung in den Vertrag, wonach die Zusammenarbeit mit Anders- oder Nichtorganisierten nicht beanstandet werden darf, wurde von den Unternehmern verzichtet. Dagegen erklärten sich die Arbeitgeber bereit, damit einverstanden, daß das Haupttarifamt grundsätzliche Streitfragen auf Antrag einer Partei entscheiden kann. Auch wegen der Regelung der Verhältnisse im Baugewerbe wurde eine Einigung erzielt.

Der Reichstariivertrag wurde darauf von den Verfassenden der Arbeit beteiligten Organisationen gleich protokollierend unterzeichnet, so daß eine Rüge im Lauf der Verträge nicht eintritt und die örtlichen und bestirlichen Verhandlungen zur Vereinbarung der Lohn- und Arbeitsverträge sofort in Angriff genommen werden können. Die eingehaltene Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Vertrages hat für unsern Verband unter Verkaufsdarstellung zu treffen, der auf den 4., 5. und 6. Mai nach Weimar einberufen ist. Dort wird dann auch über den Reichstariivertrag für das Tischbaugewerbe zu beraten sein.

Der Reichstariivertrag einschließlich der protokollierenden Erklärungen und des örtlichen Vertragsmusters hat nun folgenden Wortlaut:

Wörterbuch hatte nicht gut auf Rechnungen; er springt leicht ab. Der Wörterbuch ist aber andererseits nicht gut zu entscheiden, weil unvollständige Rechnungen naturgemäß unter feindlicher Witterung und sonst sehr empfindlich leben. Um nun den Wörterbuch besser halten zu machen, überprüfte man die Flächen mit einem dünnen, weitaufgehenden Drahtgewebe und bringt erst dann den Wörterbuch auf. Eine praktische Methode, die bedauerlich aufgraben Drahtgewebe untereinander wie auch mit der Schwindung zu verbinden, ist dem Baumeister Arthur Müller in Berlin vorkommend, das patentamtlich geschützt worden. Ein minder zweckmäßiges Verfahren besteht darin, die Rechnungen zu kreuzen zu befehlen und dann nach dem Einbau der geteilter Flächen mit Wörterbuch zu putzen.

Zum Schutz vor Anfechtungen gegen Regen und Sonne trägt Holzrahmen ein weites überdachtes Dach notwendig bei. Die Mauern müssen aber auch gegen die Verfallbarkeit geschützt werden; das geschieht am besten durch Anstrichung eines Zements aus Verbandsmörtel. Untergeordnete Gebäude, die nicht eine lange Dauer von Jahren überleben sollen, wird man unversorglich und in ihrer natürlichen Farbe lassen; man auch Karbonatstriche halten auf Verbänden im allgemeinen sehr schlecht. Verputzte Rechnungen befehlen sich dem Putzwerk eigentliches Abdeckungsbedingung. Die Verputze des Rechnungsputzes befehlen ramentum in der ersten Schicht und feiner vorzulegender Barandierwerk. Eine Schichtenfolge bietet dann, daß die Rechnung mit einem feinsten Strichmörtel abstrichelt werden kann. Die Rechnung wird erst dann fertig, wenn man sie in feinstem Strichmörtel abstrichelt. Die Rechnung wird erst dann fertig, wenn man sie in feinstem Strichmörtel abstrichelt. Die Rechnung wird erst dann fertig, wenn man sie in feinstem Strichmörtel abstrichelt.

Der Rehmstammpbau.

Eine einfache Bauweise für ländliche Bauten. Von Friedrich Guis, Architekt.

Der große Mangel an Bauteilen die haben Feuersicherheiten, die Betriebsunterbrechungen infolge Mangel vieler Arbeiter von Aufzählern und Aufzählern möglich. Bauweise zu verwenden, die an der und der Seite oder in der Mitte der Rechnung zu haben sind. Das gilt in ganz besonderem Maße von den ländlichen Bauten, die durch die weite größere Flächen und die größeren Flächen befehlen und die von der Rechnung zu befehlen sind. Man wird sich aber den Rechnung zu befehlen sind. Man wird sich aber den Rechnung zu befehlen sind. Man wird sich aber den Rechnung zu befehlen sind.

Die einfachste und wirksamste Methode, die Rechnung zu befehlen sind. Man wird sich aber den Rechnung zu befehlen sind. Man wird sich aber den Rechnung zu befehlen sind. Man wird sich aber den Rechnung zu befehlen sind.

Rechnung oder auch aus Rechensteinen hergestellt und dann mit Ziegeln oder Beton abgedeckt. Nun beginnt man, mehrere Rechen aneinander zu reihen und den Rechen einzuwerfen und festzustampfen, um so die erste Schicht der Rechen zu bilden. Die Rechen oder Rechensteine werden dabei mit eingestampft. Je so eine Schicht von etwa 20 cm Höhe fertiggestellt, so schicht man die Rechen, wie die feste Verbindung der Rechen und Rechensteine zu wissen, heraus, und kann nun die Rechen abbrechen und die über durch das Rechenbleibende Rechenziegel herausziehen. Die zurückbleibenden Rechenziegel werden zunächst nicht verworfen, sie tragen vielmehr für das schnellere Aufbauen der Rechnung, indem sie der Luft freien Durchgang gestatten. Nunmehr stellt man die Rechen um ein ihrer Gesamtlänge entsprechendes Stück weiter, stellt wiederum die erste Schicht in der vorhergehenden Weise her und fährt so fort, bis die Rechnung fertig ist. Nunmehr kann man die zweite Schicht aufbauen. Um einen besseren Grund zu erhalten, muß man sich darauf achten, daß die Rechen oder Rechensteine nicht übereinander liegen, sondern immer untereinander liegen, denn das würde natürlich schädliche Stellen in der Rechnung verursachen. Man kann die Rechnung auch mit Ziegeln aufbauen, indem man die Rechen in die Ziegeln einsteckt und die Rechensteine in die Ziegeln einsteckt.

§ 1.

Geltungsbereich des Tarifvertrages.

1. Der Geltungsbereich dieses Tarifvertrages ist das Deutsche Reich. An allen Orten oder in zusammenhängenden Wirtschaftskreisen, wo die vertragschließenden Parteien...

§ 2.

Beschaffung und Entlassung von Arbeitern.

1. Um den wirtschaftlichen Zustand, das in der einen Gegend ein Mangel, in der andern ein Ueberfluß von Arbeitskräften besteht, nach Möglichkeit zu beseitigen, wollen die beiderseitigen Tarifparteien bestrebt sein, sich gegenseitig in der Regelung von Angebot und Nachfrage zu unterstützen...

§ 3.

Arbeitszeit.

Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit, ausschließlich der Pausen, soll die Dauer von 8 Stunden (wöchentlich 48 Stunden) nicht überschreiten.

§ 4.

Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit.

1. Ueberstunden, Nacharbeit sowie Arbeit an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen dürfen nur geleistet und geteilt werden, wenn durch deren Unterlassung Menschenleben in Gefahr kommen, Berufsstörungen eintreten, wenn Schäden durch Mauerreparaturen zu vermeiden oder zu beseitigen sind...

§ 5.

Arbeitslohn.

1. Der Stundenlohn wird von den örtlichen oder bezirkslichen Verbänden für den Geltungsbereich ihres Lohns und Arbeitstarifs vereinbart. 2. Für jugendliche Arbeiter und Jungangehörige sowie für Gefellen und Arbeiter, die wegen Unzuverlässigkeit oder hohen Alters in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind, können niedrigere Löhne festgesetzt werden.

4. Der Lohn wird nur für die wirklich geleistete Arbeitszeit gezahlt. Wenn jedoch der Arbeiter infolge eines Geburts-, Krankheits- oder Todesfalles in seiner Familie nachweislich an der Arbeit verhindert war, wird die verbliebene Arbeitszeit bis zu einem Arbeitstag vergütet.

5. Die Auszahlung des Lohnes hat wöchentlich, spätestens Sonnabends und in der Regel während der Arbeitszeit zu geschehen.

§ 6.

Vertretung der Arbeiter auf der Arbeitsstelle.

1. Von den Arbeitern eines jeden Berufs auf jeder Arbeitsstelle sind Platz- oder Baubelegierte zu ernennen oder von der betreffenden Organisation zu bestimmen. 2. Diese Baubelegierten haben die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter dem Arbeitgeber gegenüber wahrzunehmen.

§ 7.

Behandlung von Streitigkeiten.

1. Zur Schlichtung von örtlichen Streitigkeiten aus dem Lohn- und Arbeitstarif werden für einzelne oder mehrere zusammenhängende Orte Schlichtungskommissionen gebildet, die aus der gleichen Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitern bestehen.

(Zarifikamt)

2. Trifft die Schlichtungskommission auf Anruf in der vorgeschriebenen Zeit nicht in Zusage, so ist die beschwerdeführende Organisation berechtigt, die Sache vor die zweite Instanz (Zarifikamt) zu bringen, mit dem Hinweis, daß die Schlichtungskommission auf fristgerechtem Anruf nicht in Zusage getreten ist. 3. Gegen die Entscheidung der Schlichtungskommission ist innerhalb eines Ausschlußfrist von 10 Tagen nach Stellung der Entscheidung Berufung an die zuständige zweite Instanz (Zarifikamt) durch Einreichung eines Schriftsatzes zulässig.

(Haupttarifamt)

5. Das Haupttarifamt kann bei Abschluß von Lohns- und Arbeitstarifen in den Fällen angerufen werden, wo sich die Parteien nicht einigen, und zwar kann der Anruf von einer oder beiden Vertragsparteien geschehen. 6. Gegen die Entscheidung des Zarifikamts ist innerhalb einer Ausschlußfrist von 21 Tagen nach Stellung Berufung an das Haupttarifamt zulässig, jedoch nur dann, wenn die Entscheidung des Zarifikamts gegen den Sinn des Reichstarifvertrages oder gegen Bestimmungen des Haupttarifikamts verstößt.

§ 8.

Durchführung des Vertrages.

Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, ihren Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieses Reichstarifvertrages und der auf Grund desselben abzuschließenden und von ihnen genehmigten Lohn- und Arbeitstarife einzusetzen.

§ 9.

Vertragsdauer.

Dieser Vertrag gilt vom 1. April 1919 bis zum 31. März 1920.

Protokollarische Erklärungen zum Reichstarifvertrag.

I. Die beiderseitigen Unterverbände (Ortsvereine, Löhnervereine), daß bei ausreichenden Lichtverhältnissen eine längere Winterarbeitszeit auf die regelmäßige Arbeitszeit ohne Lohnzuschlag verlängert wird.

II. Die Heranziehung und Ausbildung eines guten Nachwuchses (Jugendliche und jugendliche Arbeiter) ist eine Angelegenheit aller Berufszugehörigen, und da hierbei die Frage des Lohnes eine nicht unbedeutende Rolle spielt, ersuchen wir gebeten, neben den Löhnen der jugendlichen Arbeiter auch die Löhne der Lehrlinge in den Lohn- und Arbeitstarifen zu regeln.

III. Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, daß die Aftorbarkeit durch den Reichstarifvertrag weder angezweifelt noch verboten werden soll, sondern daß die Frage der Zulässigkeit und der Regelung für die einzelnen Gruppen des Baugewerbes eine Angelegenheit der Unterverbände (Ortsvereine) ist.

IV.

1. Die Parteien sind darüber einig, daß im Beton- gewerbe neben den Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern noch Zementfacharbeiter, Zementarbeiter und Einschaler zu unterscheiden sind. 2. Der Stundenlohn der Zementfacharbeiter soll dem der Maurer, der Stundenlohn der Einschaler dem der Zimmerer und der Stundenlohn der Bauhilfsarbeiter im Baugewerbe dem der Bauhilfsarbeiter im Hochbau gleichstellen.

Lohn- und Arbeitstarif.

Auf Grund des Reichstarifvertrages vom

der einen wesentlichen Bestandteil dieses Lohn- und Arbeitstarifs bildet, ist zwischen

§ 1.

Geltungsbereich dieses Lohn- und Arbeitstarifs.

1. Dieser Lohn- und Arbeitstarif gilt für alle Bau-, Mauer-, Zimmer-, Beton- und Eisenbetonbetriebe und für alle Arbeitsstätten, wo Bau-, Mauer-, Zimmer-, Beton- und Eisenbetonarbeiten ausgeführt und Arbeiter der in § 4 aufgeführten Arbeitergruppen beschäftigt werden, in folgenden Orts- oder Gemeindegemeinden:

§ 2.

Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit wird in Berücksichtigung der Mitternachts- und Lichtverhältnisse wie folgt festgelegt: (Hier folgt die Tabelle über die Arbeitszeit. Siehe § 3 des Reichstarifvertrages.)

§ 3.

Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit.

(Siehe § 4 des Reichstarifvertrages. Die dort aufgeführten Bestimmungen finden hier nach Bedarf zu ergänzen.)

§ 4.

Arbeitslohn.

1. Der Stundenlohn beträgt für einen:

Table with 2 columns: Profession (Maurer, Zimmerer, Zementfacharbeiter, Zementarbeiter, Bauhilfsarbeiter) and corresponding wage rate.



2. Der Lohn für Maurer ist für jede Maurerarbeit, der Lohn für Zimmerer ist für jede Zimmerarbeit auch im Tiefbaugewerbe zu zahlen.

3. Zu diesen Löhnen werden an besonderen Zuschlägen gezahlt

4. Die Arbeiter sind zu einer angemessenen Gegenleistung und zur Ausführung der bisher ortsüblichen Arbeiten verpflichtet. Als ortsübliche Arbeiten gelten insbesondere

Die Bestimmung, daß die Arbeiter zu einer angemessenen Gegenleistung verpflichtet sind, berechtigt nicht zu einer Kürzung des festgesetzten Lohnes.

§ 5.

Lohnzahlung.

Die Lohnperiode umfaßt eine Woche. Die Lohnauszahlung erfolgt am

Die Lohnlisten können zwei Tage vor dem Zahlungsgeschehen werden.

§ 6.

Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

§ 7.

Behandlung von Streitigkeiten.

(Schlichtungskommission.)

Der Schlichtungskommission gehören an Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Den Vorsitz führt

(Tarifamt)

Dem Tarifamt gehören an Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Den Vorsitz führt

Das Tarifamt hat seinen Sitz in

§ 8.

Durchführung des Lohn- und Arbeitsstärks.

Die Tarifparteien verpflichten sich, ihren Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung des Reichstarifvertrags für das deutsche Baugewerbe und dieses Lohn- und Arbeitsstärks einzusetzen.

§ 9.

Zarifaaner.

Dieser Lohn- und Arbeitsstärks gilt, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Vorstände der dem Reichstarifvertrag angehörenden Organisationen, vom

Berlin, den 31. März 1919.

G. Behrens, Dr. Krause, Fritz Paepow, Fr. Schrader, Jos. Wiedeberg.

Irrelichter im Sumpfe.

Die früheren Machthaber in Deutschland haben unser Volk durch ihre wahnsinnige Kriegspolitik in einen Sumpf hineingeführt, aus dem wir uns nur mit Mühe wieder herausarbeiten können. Aus diesem Sumpfe, in dem es gärt und brodelt wie in einem Hexenteich, steigen allerlei giftige Dünste auf und allerlei Irrelichter gaukeln darüber hin. Ein stidiger Rebel lagert über unserm Lande und bringt Verwirrung in die Köpfe und Gemüter. Die ichtlose Selbstsucht und Erwerbshier, wuchert wild in den Menschenherzen. Daneben schieben alle schlechten Instinkte in der Menschenbrust, Neid, Mißgunst und Haß, mächtig ins Kraut.

Es ist wahrlich eine schwere Zeit, in der wir leben, und manchmal möchte man an der Zukunft unseres deutschen Volkes verzweifeln. Das Herz tut einem weh, wenn man mit offenen Augen ins Leben blickt und sehen muß, wie wenig Gemeinnutz und Solidarisimus, wie wenig Gerechtigkeitssinn und Menschenliebe vorhanden ist, und wie die meisten Menschen lediglich ihren eigenen Vorteil suchen, unbedenkt um das Wohl und Wehe anderer Menschen. Der lange Krieg hat uns ein tiefes Erbe hinterlassen, er hat die antizipierten Triebe, die im Kapitalismus stecken, zum Vorschein gebracht und die gesamte

Menschheit verlehrt. Und nun steht der Sozialismus, der die alten Götzen gestürzt hat, vor der schwierigen, aber unabweisbaren Aufgabe, Körper und Herzen mit einem neuen Inhalt zu erfüllen, nachdem der alte Sauerleig ausgegossen ist.

Diese Aufgabe ist um so schwieriger, weil aus dem Sumpfe, in dem wir uns befinden, eine ansteckende Seuche hervorgegangen ist, die sich immer weiter ausbreitet und auch jene Volksschichten ergreift, die bislang noch ferngeblieben waren. Diese Seuche findet in den gegenwärtigen trostlosen Zuständen einen guten Nährboden: der Krieg hat große seelische Erschütterungen und eine große sittliche Verwilderung mit sich gebracht, er hat die Herzen in den tiefsten Tiefen aufgewühlt und alle Begriffe auf den Kopf gestellt. Um das Nebel noch zu verdichtern, hat er durch die Unterernährung die Menschen auch körperlich geschwächt und widerstandsunfähig gemacht gegen die Wagnisse des Wahnsinns und gegen die Gefahr einer Anstreckung. Die Weltgeschichte erzählt uns, daß es häufig geistige Seuchen gegeben hat, die in Zeiten einer Hungersnot ein Volk ergreifen und unbeschreibliche Verheerungen anrichten haben. In einer solchen Zeit leben wir auch heute wieder, und auch heute wie früher fuciert man an den äußeren Symptomen dieser Seuchen herum, anstatt das Uebel an der Wurzel angzugreifen und den Sitz der Krankheit tatschlich zu behandeln. Äußere Mittel sind eben machtlos gegen eine Seuche, die im Inneren eines Volkes tobt, und solange wir nicht eine bessere Volksernährung und eine gründliche, planmäßige Volksaufklärung haben, bleibt alles Kurieren eine wertlose Kurpfuscherei.

Aus dem Sumpfe steigen Irrelichter, die unsere Sinne umgaukeln und uns ins Verderben zu laden suchen. Da ist zunächst das Irrelicht des Massenfreis. Millionen von Menschen laufen diesem Irrelicht nach, indem sie glauben, man könne bessere Verhältnisse schaffen durch Verweigerung der Arbeit. In normalen Zeiten vor der Streit eine berechtigte Masse zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter den heutigen Verhältnissen ist er ein Wahnsinn und ein Verbrechen. Es ist kaum zu verstehen, daß es noch Menschen gibt, die in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, während Millionen Proletarier nach Arbeit und Brot streben, noch ebendrin die im Gange befindlichen Betriebe schließen wollen. Man kann sich dies nur daraus erklären, daß sie dem Wahn huldigen, man müsse erst das ganze Wirtschaftsleben in Trümmer schlagen, damit aus dem Chaos die neue Gesellschaft wie ein Phoenix aus der Asche emporsteige. Daß dies ein Wahnsinn ist, braucht man einem vernünftigen Menschen nicht erst zu sagen. Hier uns kommt es gegenwärtig doch in allererster Linie darauf an, daß wir vom Auslande Lebensmittel und Rohstoffe hereinbekommen. Dies wird aber nur dann geschehen, wenn wir Waren als Gegenwerte liefern, und diese Waren können wir nur durch Arbeit schaffen. Arbeiten, nicht streiken, muß also die Parole sein, wenn wir nicht verhungern wollen.

Dann ist da noch das Irrelicht der Gewaltpolitik und der gewalttätigen Verwirklichung des Sozialismus. In zahlreichen Mäpfe spukt der Wahn, daß es möglich sein könne, eine übergroße Mehrheit durch eine kleine Minderheit dauernd zu verwalten, ein Wahn, der durch die Sozialgeschichte hundertfach widerlegt worden ist. Eine neue, höhere Weltanschauung wie der Sozialismus läßt sich überhaupt nicht durch Gewaltanwendung durchsetzen, und eine neue, höhere Wirtschaftsweise, wie sie der Sozialismus erstrebt, läßt sich nur durch allmähliche Umgestaltung verwirklichen. Die Revolution ist nur ein einzelner Gewaltakt — die Geburtswehen einer neuen Gesellschaft, wie Marx sich ausdrückt —, aber der Neubau der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse vollzieht sich ausschließlich auf dem Wege der Evolution. Diese ewige Wahrheit will vielen Menschen nicht in den Kopf hinein, stat dessen laufen sie in einem Irrelicht nach, das sie notwendigerweise in den Sumpf locken muß. Hier gilt es, Aufklärung zu verbreiten und in die Köpfe die Wahrheit hineinzuhämmern, daß gut Ding Weile haben will und daß man mit dem Kopf nicht durch die Wand rennen kann, will man sich nicht den Kopf zerhacken.

Wir Gewerkschafter wissen, daß viel Gärungsstoff heutzutage vorhanden ist, und wir verstehen es auch, daß die Empörung über die Ungerechtigkeit ein starkes Hebel in der Aufwärtsentwicklung ist. Aber wir haben auch gelernt, daß nur ein organischer Aufbau ein neues soziales Weltbild schaffen kann, das von Dauer ist. Bevölkerung, Wohlstand und guter Wille allein reichen nicht aus, um den Tempel der Zukunft zu bauen, es gehört dazu auch Geduld, Erfahrung, nützliche Berechnung, Pflichttreue und Verantwortlichkeitsgefühl. Wo diese Eigenschaften vereint sind, da wird etwas Gutes und Dauerhaftes erreicht. Wir Gewerkschafter laufen keinen Irrelichtern nach, wir stehen mit beiden Füßen auf dem Boden der Wirklichkeit. Und darum gebt uns der Sieg und die Zukunft.

Die Idee des Gewerkschaftskampfes.

Seit Hirn und Herz im Menschen wurden, beschäftigt ihn sehndend, umwälzende, stürmende Gedanken, und der Mensch verknüpfte die Gedanken seiner Mittelwelt, und je weiter diese Gedanken um sich griffen, in je tiefere Kreise sie drangen, um so mehr machten sie sich frei von jenen, die sie zuerst in sich trugen, um so mehr kristallisierte sich die Idee als der Kernpunkt, um den sich scharten die denkenden, suchenden, sehenden Menschen.

Und so erwuchs eine Idee nach der andern, und das ganze geistige Leben, die ganze geistige Entwicklung, ward zum Kampfe von Ideen. Muttern Wägen gleich durdzogen sie das Leben, hier und dort, nebeneinander und nacheinander; doch je größer die Strecke ihres Laufes ward, um so mehr gingen sie ineinander über, verbanden sie sich, wurden sie zu einem großen Ideenflusse, der jeder die Ursprungsidee in sich enthielt.

Und so erwuchs aus dem geistigen Leben der Zeit als große Idee die Idee des gewerkschaftlichen Kampfes, die zu einer leitenden Idee des geistigen Ringens geworden, da die von ihr erstrebte Arbeitswelt: die erste Voraussetzung ist zum vollen Entfalten aller geistigen Regungen, da eine freie Arbeitswelt die natürliche Grundlage ist für alle anderen geistigen Ziele.

Die Ideen waren stets die Seele des Lebens, das Herz der Entwicklung. Wer außerhalb dieser Ideenreife stand, war ein totes Glied im geistigen Werdepogee des Ganzen. Und so hat auch heute noch der unjährlig gelebt, der abseits steht von jenen freien, geistigen Wägen des Lebens, der nicht ein Träger ist einer Entwicklungsde. Es lebt der Mensch erst im durchgegeistigten Sinne des Wortes, wenn er teilnimmt am Ideenkampfe, wenn sein drängendes Leben mißlißt, einer Idee den freien Lauf zu lassen, und darum ruht in dem Menschen ein besonderer Lebenswert, der als Mitglied seiner freigeorgewerkschaftlichen Organisation sein Drängen und Streben richtet auf eine große freie Arbeitswelt. Er schafft damit den Boden, auf dem blühen können alle die andern Einzelidee, die wirtschaftliche Voraussetzung, unter der allein gedeihen kann die Idee des Wahren und des Guten und des Schönen, und darum hat sein Leben den höchsten Entwicklungswert. Weit und erhaben ist es, wie sein Ziel und menslich glücklich. Dr. Gustav Hoffmann.

Heraus mit der Wohnungsreform!

Der Deutsche Wohnungsausschuß, der im Jahre 1914 gegründet wurde und der seit dieser Zeit unermüdetlich für die Verbesserung unseres Wohnungsweens wirkt, veranstaltete am 10. Februar im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses zu Berlin eine öffentliche Versammlung, die sich mit der Wohnungsfrage im neuen Deutschland beschäftigte. Professor J. C. Fuchs aus Tübingen führte den Vorsitz. Er wies darauf hin, daß der Deutsche Wohnungsausschuß schon 1918 auf die kommende Wohnungsnot aufmerksam gemacht und den Bau von Wohnungen geregelt habe. Damals sei nichts geschehen, obwohl die Zeit so günstig gewesen sei. Jetzt sei für uns die Zeit gekommen, wo wir uns abfinden müßten vom Mietkaufmessen. Unser Ziel sei: Gleichbildung und Einfamilienhaus. Die innere Kolonisation müsse von der Regierung ernsthaft in Angriff genommen werden. Für die Fortführung des städtischen und der ländlichen Siedlung sei die Errichtung eines Reichswohnungsausschusses zu fordern.

Als erster Hauptredner des Abends sprach der Generalsekretär des deutschen Vereins für Wohnungsreform, Dr. v. Mangoldt. Unsere Volkswirtschaft, sagte er, muß vom Lande aus wieder aufgebaut werden. Die innere Kolonisation und die Wohnungsreform seien unerlässlich. Die Reform des ländlichen Arbeiterwohnweens sei die Voraussetzung eines gesunden Landvolks. Die Reform des städtischen Wohnweens sei nicht minder notwendig. Die Bevölkerungszunahme sei eine Schicksalsfrage für uns. Volk. Mehr als alle der heutigen großen Nationen werde an dieser Art zu scheitern. Wir müßten den ungesunden Druck mildern, der auf den ländlichen Familien lastet. Wenn wir wieder emporkommen wollen, brauchen wir ein starkes und reines Geistesleben. Die neue Siedlungsreform müsse andere Wege tragen als die bisherige. Wäher hat der Schwerpunkt der Siedlungsreform in den Städten und Industriebezirken gelegen. Der Ausgang des Abendes hat einen Abzug der städtischen Bevölkerung nach dem Lande zur Folge. Deshalb dürfe aber die städtische Wohnungsreform nicht vernachlässigt werden. Die Wohnungsreform müsse durchgeführt werden. Tagelöhner, Adolofonien u. Kleinrentner seien anzustreben, die Sozialisierung der Hauseigentümer sei in die Wege zu leiten. Die Verlegung der großen Industrieunternehmungen werde in den nächsten Jahren wegen Geldmangels schwierig sein. Man könne die vertriehen Betriebe auch nicht stilllegen lassen. Tagelöhner könnten Kleinrentner und Kleinrentner werden. Die Verhältnisse werden sich verbessern, Anlagen usw. werden wirtschaftlich und Sparfamkeit blühen.

Als zweiter Hauptredner des Abends sprach Generalsekretär K o r m b r o l vom Westfälischen Verein für Arbeiterwohnweens. Wie befänden uns, sagte er, nach mitte

in der wirtschaftlichen Umgestaltung. Deutschland werde vielleicht in Zukunft wieder mehr Agrarstaat als Industrie-
staat sein. Auf alle Fälle sei mit einer großen Binnen-
wanderung zu rechnen. Vielleicht bestrebe bald in manchen
Industriegebieten, wo heute noch Wohnungsnot herrsche,
Wohnungsüberflüssigkeit. Die Grundvoraussetzung jeder
ausreichenden Wohnungsreform sei die Lösung der Wohn-
frage. Durch die Verordnungen der Reichsregierung sei
zur Lösung der Wohnfrage ein Schritt vorwärts
genommen, es müsse aber noch mehr geschehen. Durch die
Schaffung einer zentralen Stelle, etwa im Arbeitsamt und
durch den Entschluß eines Heimstättengesetzes sei eine Verein-
heitlichung der städtischen und der ländlichen Siedlungs-
geschehnisse herbeizuführen. Der übertriebene Preisaus-
schlag müsse zurückgehen. Es müsse Gelände zu möglichen
Preisen abgegeben werden. Die Gemeinden seien gelehrt zu
verpflichten, rechtzeitig Boden zum späteren Wohnungs-
bau zu beschaffen. Insbesondere sei kirchlichen weit mehr
als bisher und zu billigen Preisen zur Verfügung zu
stellen. Die Selbstbeschaffung für den Wohnungsbau müsse
organisiert, die Kreditanstalten dem Staatskommissar für
das Wohnungswesen unterstellt werden. Der Arbeiter for-
dere schließlich nochmals ein Reichswohnungsgesetz und
ein Reichswohnungsamt.

Nachdem als dritter Redner noch der Leiter des Zentra-
lrats sozialer Studentenarbeit, Dr. S o n n e n s c h e i n
aus München-Gladbach, über das studentische Wohnungs-
wesen gesprochen und unter anderem den Bau von Studenten-
heimen empfohlen hatte, nahm der Staatskommissar für
das Wohnungswesen, Geheimrat S c h e i d t, das Wort. Er
schätzte die großen Schwierigkeiten, die der Förderung
des Wohnungs- und Siedlungswesens in nächster Zeit
entgegenstünden und die wie an dieser Stelle schon mehrfach
besprochen haben: den Mangel an Baustoffen, die Unflexi-
bilität der Verhältnisse infolge der Binnenwanderung, die
Transportverhältnisse, die hohen Baukosten usw. Alle
diese Schwierigkeiten befinden sich für das ländliche Sied-
lungswesen; man müsse deshalb für besten Willens mit
herben Enttäuschungen rechnen.

In der weiteren Aussprache sprachen noch mehrere
Redner im Sinne des Referenten. Alle betonten, die
Städter müßten zum guten Teil hinaus auf Land, wenn
wie nicht bezugnehmen wollten. Wir müßten auf manchen
ländlichen Äugus verzichten, um in schönen geräumigen
Heimen auf dem Lande gut und einfach zu wohnen. —
Eine im Sinne der Referate gefaßte Entschließung wurde
einstimmig angenommen.

Werden die Lebensmittelpreise zurückgehen?

Allgemein ist oder war man der Ansicht, daß, wenn
wir erst vom Auslande Lebensmittel bekommen, die Preise
herabgehen würden. Wie diese Meinung entstehen konnte,
ist unbekannt. Wie wird es in Wirklichkeit werden? Die
Preise sind Mitte März in Neuport für die Zonne Weizen
M 307, Mais M 203, grobes Mehl M 437, das Kleingemal-
teschmal M 200, ungebrannter Kaffee M 150, das Alter
Petroleum 18 S, die Zonne Butter Chicago M 182, Schweine-
fleisch Chicago M 42 das Kilogramm. Weizen und Mehl
sind also teurer als in Deutschland. Unsere Mark wurde
während des Generalstreiks in der Schweiz mit 33 S
bezahlt, hatte am 20. März wieder einen Wert von 37 S, und
wird hoffentlich bald auf die Höhe kommen wie im Fe-
bruar, also am 42 bis 43 S dafür bezahlt. Das Bau-
materialkommen ist bekanntlich gerade während des
Generalstreiks in Mitteldeutschland und Berlin abge-
schlossen, als unsere Mark gerade den dritten Teil ihres
Normalwertes hatte, also 33 S. Das Fund Schmal mußten
wir somit in Neuport mit M 300 bezahlen. Wie an-
genügend, soll es aber etwa M 5 kosten. Frucht, Speise-
und Handelszinnissen stellen sich somit etwa auf M 110 das
Pfund. Die Zonne Weizen wurde zur selben Zeit aber
idem in Neuport mit M 110 bezahlt werden müssen, das
sind M 55 der Zentner. Wird der Weizen zu 90 Pct. aus-
gegeben, gibt ein Pfund Weizen etwa 60 Centim Wert,
so daß das Pfund Brot in Neuport bereits 46 S kostet.
Dazu kommen Mehl, Sandelgewinn, Backlohn usw. Selbst
wenn sich unsere Valuta bis zu der Höhe hebt wie
November 1918, also auf etwa 50 S für die Mark, folgte
das Brot immer noch doppelt soviel als jetzt. Der Preis
hängt also davon ab, ob in Deutschland die Produktion und
damit die Nachfrage steigt oder fällt, wodurch die deutsche
Valuta verbessert oder verschlechtert wird, und auch davon,
ob die Preise im Ausland niedriger oder höher werden.
Mit einer größeren Ausfuhr nach Deutschland und Verstei-
gerung der Nachfrage größer und wird wahrscheinlich
auch der Preis im Ausland steigen.

Wenn wir den freien Handel bekommen, haben wir
sicher mit einer Preiserschöpfung zu rechnen, nicht aber
mit einer Senkung. Nun wird zum Teil die Meinung ver-
treten, die Reichsregierung werde die höheren Preise aus
der Reichsliste gabeln. Dies wäre möglich, solange die
Nationalierung beibehalten wird und Gelder in der Reichs-
liste vorhanden sind. Die Reichsliste soll aber die erhöhten
Preise und Gehälter und die Arbeitslosenunterstützung und
vielen andere enthalten. Ob die Reichsliste so viel Steuern,
wie zur Deckung all dieser Ausgaben notwendig sind, her-
beibringt, steht auf einem andern Blatt. Soll die Reichs-
liste denn später auch die Mehlpreise für Mehlstoffe tragen,
die zur Nahrung von Vögeln, Mäusen usw. notwendig
sind? Oder auch die Mehlpreise für Weichtiere, um die
Reichspreise herabzumindern? Wenn Eides müßten wir
zu Merkmalen später direkt und indirekt durch höhere

Steuern wieder bezahlen und die Folge wäre nur daß
hunderttausende von Beamten mehr gebraucht werden, um
die Mehlpreise auszurechnen und zu bezahlen und dann
wieder als Steuern einzugießen. Dies mag aber Sache der
Reichsregierung sein.

Die Nationalierung kann doch aber nicht ewig bestehen
bleiben, sonst wird die Verbilligung zuletzt lediglich auf
den Schleichhandel angewiesen sein. Alle guten Vorzüge
und Nachteile sind zu Wasser geworden und werden es
immer mehr werden, gleich, wer die Regierung in Händen
hat; denn die beste Regierung kann es nicht ändern, daß
jede eine gute Mutter oder Verwandte und Bekannte
haben, die etwas verhandeln. Kostspielig wird noch eine
Weile fortgedauert werden müssen, weil zurzeit die Auf-
hebung der Nationalierung noch böhere Folgen haben würde.

Mit der Aufhebung der Nationalierung ist es aber un-
möglich, noch die Höchstpreise zu halten, und noch weniger
möglich, auf die teuren Auslandswaren Zuschüsse von
Reichs- zu gewähren, oder man müßte einfach die Grenzen
absperren, was für ein Land, das hauptsächlich vom Aus-
land leben will, geradezu verhängnisvoll werden könnte.
Jeder Reisende müßte bis auf den Grund durchsucht, jeder
Eisenbahnwagen und jedes Schiff müßte beim Verlassen der
deutschen Grenze ausgebaut, jede Kiste geöffnet, jeder Sad
ausgeschüttelt und an der Grenze auf jede 100 Meter ein
Grenzaufseher gestellt werden. Ein Ausfuhrverbot haben
wir schon, nämlich das Wertpapierverbot, darunter auch die
Kriegsanleihe. Warum? Wer weiß es. Wichtig ist aller-
dings, daß es Leute im Ausland gibt, die auch die deutsche
Kriegsanleihe kaufen; denn wenn diese zum Kurse von
90 gelangt werden kann und unsere Mark gilt nur 33 S,
kann der Ausländer sie für 100 Markwert mit M 30. Diese
M 30 bringen ihm M 5 Zinsen und wenn die deutsche
Valuta sich einmal wieder hebt, bekommt er vom Deutschen
Reichs-entgelt M 30, die er bezahlt, M 100 oder mehr
zurück. Dieser in Aussicht stehende Gewinn lockt sie, auch
die in Deutschland nicht gut angelegene Kriegsanleihe
zu kaufen. M 100 000 dieser Mark kann sich jemand gut
in den Leberzeiteln einnähen lassen, und es müßten dem-
nach an der Grenze auch die gefülltesten Sackel noch auf-
gegraben werden, wenn man allen Schleichhandel ent-
decken will.

Die Kriegsanleihe macht uns weniger Schmerzen.
Wenn auch nicht in dem Maße, lassen sich auch andere
Waren durchschmuggeln. Nehmen wir an, wir kaufen eine
Tonne Weizen in Neuport, die uns bis Hamburg M 1200
kostet; der Höchstpreis ist in Deutschland M 300, M 900 legt
das Reich drauf. Die Tonne Weizen kostet den Schweizer,
wenn er sie von Neuport bezieht, M 307 und Frucht und
Speise, also über M 400. Von Deutschland bekommt er
dieselbe Ware für M 100. Viele M 300 Verdienst an
20 Zentner Weizen werden seinen Schmuggler abfallen.
Den Weizen in Deutschland zu erwerben; denn an jedem
wollen Punkt verdient er schon etwa M 4. Wieviel Aufschub
voll über die Grenze geschafft werden, läßt sich nicht fest-
stellen, aber für jede 20 Zentner zahlen wir in dem Falle
M 900 aus der Reichskasse. Wir kaufen daher Gefähr-
liche Lebensmittel zu haben, und deren so nach und nach
die Reichsliste, wofür Schmuggler und Schleichhändler ein
gutes Leben führen. In Wagen mit Kaffee, Maschinen,
Koffen, Fein, Stroh usw. lassen sich mit Leichtigkeit
Tausende von Zentnern über die Grenze bringen, was
unsere Lebensmittelkommissionen im Anlande oft feststellen
kann. Genau so, wie sich unsere Schleichhändler trotz
Wagnisse ihrer Waren und hoher Strafen nicht abhalten
lassen, immer wieder im Anland, zwischen Nüssen usw.
Fleisch und anderes an ihre Empfänger zu hohen Preisen
zu schicken, könnte man auch dies an der Grenze nicht ver-
hindern.

Der Mangel an Geld in der Reichsliste nicht nur,
sondern der zu besitzendene Schmuggel und die Behin-
derung des realen Handels mit dem Ausland wird unsere
Regierung zu Bedenken Anlaß geben, Gelder aus der
Reichsliste zum Ausgleich der Preisdifferenz der Waren
herzugeben. Für die Arbeiter sind dies keine
guten Aussichten. Wasser aber, wir rechnen
damit, damit wir unsere Lohnforderungen
ausnahmsweise befriedigen können. Mühen wird uns auf
Erhaltung der Preise ein und es kommt nachher anders,
sind unsere Kollegen wieder die Betroffenen.

August Friedrich.

Mehr Kohle für die Baustoffindustrie.

Der Vorstand der Reichs-Arbeitsgemeinschaft für das
Baugewerbe hat sich an den Wirtschaftlichen Ausschuss
der Nationalversammlung mit dem Gesuchen gewendet, zu
beschließen, daß alle für Baugewerbe gestellten Zuschüsse auf
Freigabe von Kohle mit besonderer Dringlichkeit behandelt
und bevorzugt berücksichtigt werden. Stürmte fallen
insbesondere Anforderungen der Ziegel-, Zement- und
Kalkindustrie sowie der Baugeschäfte selbst für Heizung
von Wassermaschinen usw.

Die Aufgaben, die dem Baugewerbe gestellt sind
in der Beschaffung von Wohnungen, im Steinsetzungs-
wesen, bei der Ausschiffung von Kostfahrenden,
kann unmöglich erfüllt werden, wenn der trostlose
Zustand, der zurzeit die Erzeugung von Baustoffen un-
möglich macht, anhält. Dieser Zustand ist aber zum großen
Teil zurückzuführen auf den Mangel an Kohlen. Selbst
wenn man annehmen müßte, daß die Zerkleinerter Reiz

gung haben, ihre Betriebe möglichst langsam in Gang zu
bringen, was von mehreren Orten behauptet wird, so
sollten doch die in Betracht kommenden Behörden durch die
Zuweisung von Kohlen den Kohlenmangel als Ursache hin-
sichtlich machen. Das Bauwesen steht vor einer Katastrophe,
wenn nicht schnell eine Veränderung in der Baustoff-
beschaffung eintritt. Es mühen uns die schönsten Siede-
lungsgebiete nicht, solange nicht eine Steigerung der
Kohlenlieferung für die genannten Industrien erfolgt.
Denn mit den angepreiserten Graubraunkohlen können
keine Kohlenbauten gar nicht ausgeführt werden, und für
ländliche Bauten sind die meisten Graubraunkohle in unsem
Stimme auch nur kümmerlicher Rohstoff für einige Jahre.
Für den größten Teil Deutschlands kommt für die Kohlen-
beschaffung nur die Eisenbahn in Betracht. Hier können
also Verkehrsbehinderungen eine Rolle spielen. Aber
warum werden die Bahnwege nicht voll für den Kohlen-
transport ausgenutzt?

Wir möchten bei dieser Gelegenheit auch noch auf
einen andern Mangel hinweisen. Seit mehreren Jahren
wird der Bau von Schiffahrtskanälen in Deutschland leb-
haft erörtert. Erst kürzlich hat eine Vereinigung die Re-
gierung wieder einmal an diese Projekte erinnert. Die
Vorbereitungen für die Strecken sind zum Teil seit Jahren
erledigt, die Baukosten ebenfalls zum großen Teil ge-
nehmigt, und Hunderttausende Arbeitsloser warten auf
ausbringende Arbeit. Nicht man die riesigen Summen in
Betracht, die heute für Arbeitslosenunterstützung aus-
gegeben werden müssen, so könnte die Regierung wertvolle
Verkehrsarbeiten fast unisono herstellen lassen. Kohlen-
bedarf und Bedarf an Baustoffen sind bei den großen
Zirkulararbeiten verhältnismäßig gering, so daß ihre An-
genähmigkeit darunter kaum leidet. Warum es ge-
scheit nicht? Warum nicht? Worauf warten die Behörden
noch? Vielleicht fehlt es an Unterhalt für die Tausende
von Arbeitern. Nun, die Militärbehörden sind jetzt dabei,
große Mengen von Barackenmaterial zu verschleudern.
Vielleicht könnte dieses für die Unterbringung von Ar-
beitern nutzbar gemacht werden. Der Weg zwischen dem
Merkost mag zwar schwierig sein für den Antisiphonist,
aber wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Es ist nicht
penug damit, daß man uns in allen Tonarten vorjammert:
„Arbeit, und nur Arbeit kann uns retten.“ Die Arbeiter
sind da, geht ihnen Arbeit. Papierne Erlasse haben wir
genug gehabt.

Zum Verbandstage.

Bald wird der Verbandstag zusammenzutreten. Schwere
Aufgaben haben seiner. Wohin wir auch blicken, fast über-
all riesige Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe. Das sind
die Folgen des Krieges, der, entprechend seinem Ausmaß,
nicht anders erwarten ließ. Deutschland ist ein wirt-
schaftlicher Krümmen. Arbeit und wieder
Arbeit nur kann uns retten, kann uns, wenn auch erst in
ferner Zeit, wieder zu geordneten Verhältnissen kommen
lassen. Es wird in unserm Beruf noch längerer Zeit be-
dürfen, ehe wieder an eine geregelte Bautätigkeit gedacht
werden kann. Wir aber diese Zeit nutzbringend zum Wohle
des Verbandes, seiner Mitglieder und der Allgemeinheit zu
verwenden sein wird, darüber könnte und müßte auf der
bevorstehenden Tagung in eingehender Weise verhandelt
werden. Mit größter Spannung sieht deshalb die organi-
sierte Bauarbeiterschaft diese Tagung an.

In weiteren Kreisen ist die Bestürzung vorherrschend,
daß die Unternehmer und auch die Geldgeber der Bau-
gewerbes durch künstliche Zurückhaltung der Bautätigkeit
die Arbeitslosigkeit im Bereiche unnötig verlängern könnten.
Ein solches Wagnis läge allerdings weder in unserm
noch im Interesse der Allgemeinheit. Ungegenständig, wo fast
gängiger Mangel an den nächsten Bauarbeiten besteht,
ist allerdings wenig zu befürchten. Aber dann, wenn wieder
Material am Platze sein wird, dürfte eine derartige Hand-
lungsweise sehr beachtenswert und hemmend wirken. An-
gestrichelt der richtigen Wohnungsmangel und der großen Arbeits-
losigkeit im Bereiche wäre es direkt ein Verbrechen, wollte
man dem ruhig und unartig zusehen. In dieser Zeit frei-
williger Regungen darf man derartige Willkürakte nicht
durchgehen lassen, sondern man muß sie im Keime durch
Gegenmaßnahmen ersticken. Noch ein anderes kommt in
Betracht, was seine Wichtigkeit gerade im Baubereiche möglich
macht. Wohlgeahnt wird unter Beruf auf den allfälligen
bei der Sozialisierung der Produktion gehören. Das liegt
in der Eigentümlichkeit des Gewerbes begründet. Ware es
möglich gewesen, an Stelle der Handarbeit im Baugewerbe
Maschinenarbeit in größerem Maße einzuführen, dann
hätten wir nicht erst am Ende des großen Sozialisierungs-
prozesses, sondern würden in Reich und Glied mit andern
Berufen stehen. So aber müssen wir uns bescheiden. Aber
bescheiden heißt nicht, untätig zusehen, wie andere Berufe
sozialisiert werden. Wir wollen unsern Beruf im Gegen-
satz zum Schicksal nur noch ein kurzes, wenn auch ener-
gischer Schritt zu tun übrigbleibt.

Wie das geschehen kann, soll im folgenden kurz er-
läutert werden. Ich habe mich in den verschiedenen Ver-
sammlungen schon bemüht, darauf hinzuweisen und habe
auch überall die Meinung der Kollegen hinter mir gehabt.
Das Mittel, das mir vorlag, war die Verabschiedung einer
Gesellschaft des Baugewerbes. Der Deutsche Bauarbeiterverband
in seiner Gesamtheit oder die Ortsvereine, oder die Kollegen
selbst werden zusammengeschlossen in Produktionsgenossen-
schaften und nehmen die Bautätigkeit selbst in die Hand.
Denn es ist notwendig, daß einzelne Kommunen den Bau
von Wohnungen in eigener Regie unternehmen; aber all-
gemein wird es vordringlich notwendig sein, ein kommunales
Bauprogramm durchzuführen. Staat und Gemeinden wür-
den es deshalb mit Freuden begrüßen, wenn die organisierte
Bauarbeiterschaft unter der Leitung und Kontrolle ihrer
Genossen den Bau von Wohnungen und anderen Gebäuden
ausführen würden. Ihrer Unterbringung wären wir zweifel-

las sicher. In gemeinsamer Arbeit am gemeinsamen Ziel würden und müßten sich Staat, Gemeinde und Bauarbeiter finden und würden zusammen derpersönliche Arbeit leisten, zum Wohle des ganzen Volkes. Wenn so das gesamte Baugewerbe genossenschaftlich betrieben werden soll, wenn wir auf diese Art dem Interesse der Volksgenossen dienen können, dann haben wir ein gutes Stück sozialer Arbeit geleistet. Dann ist auch der Schritt bis zur endgültigen Sozialisierung nicht mehr so groß. Das Baugewerbe kann dann, wenn seine Zeit gekommen ist, schnell und geräuschlos dem Betriebe der sozialistischen Gesellschaft eingegliedert werden.

Ernst Heimann, Hamburg.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Bestellungsresultat vom 24. März.
Der Bericht aus dem Bezirk Königsberg ist leider wieder ausgefallen. In den erstgenannten 698 Vereinen meldebildeten sich 288 275 Mitgliedern 17 079 oder vom Hundert 7,32 arbeitslos gegenüber 18 802 oder 8,45 am vorigen Jahrestage. Der langsame Rückgang der Arbeitslosigkeit hielt demnach an. — Zu unterrichten waren 11 537 Arbeitslose, in der Bernahme 13 921. Ihr Verhältnis zum Hundert der Mitgliederzahl laut von 6,26 auf 4,95.

Bezirk	Vereine	Mitglieder	In den Vereinen		In den Vereinen		In den Vereinen	In den Vereinen	In den Vereinen	In den Vereinen	
			arbeitslos	in %	arbeitslos	in %					
Königsberg	20	29	6302	597	890	218	11	—	—	1056	
Bromberg	60	60	4656	458	539	52	2	1	—	588	
Stettin	55	55	11388	492	500	90	9	4	2	605	
Breslau	71	71	2248	1382	1242	640	169	506	48	76	
Berlin	48	48	1308	101	88	24	1	1	1	114	
Wrocław	50	50	7396	368	371	57	13	—	—	6 447	
Erft	15	15	1438	47	41	108	8	54	—	24 634	
Frankfurt	13	13	1743	489	183	309	50	162	29	6	
Cöln	11	11	1392	1	3	1	—	—	—	782	
Dortmund	37	37	36	1253	145	122	27	5	1	2	
Düsseldorf	30	30	9234	201	248	103	7	—	—	157	
Köln	65	65	1424	713	1025	170	19	30	8	87	
Darmstadt	60	60	6672	205	228	40	—	—	—	869	
Dresden	14	14	1537	1725	1172	940	16	11	10	5	
Leipzig	65	65	83043	3581	9287	806	55	77	27	19	
Münster	30	30	9169	687	327	252	2	132	7	11	
München	30	30	13923	480	535	465	36	37	6	5	
Stuttgart	16	16	8214	186	91	71	—	—	—	186	
Karlsruhe	12	12	10753	372	254	102	9	44	7	1	
Zusammen	702	698	333775	11537	10447	4438	373	1220	173	136	
											2922 17079

Berichte.

Bezirk Hannover. (Bezirkskonferenz.) Am 1. April tagte hier die Konferenz für den 11. Bezirk unseres Verbandes. Vertreten waren 33 Vereine durch 57 Delegierte. 4 Vereine hatten keine Vertreter geschickt. Auf ihr unglücklich erklärt, da das Mitgliedsbuch des in Betracht kommenden Kollegen nicht in Ordnung war. Der Bezirksleiter, Kollege Schent, gab zunächst den Geschäftsbericht des Bezirksauschusses für die letzten 8 Monate, da bis dahin der Bezirk von dem leider schwer Kranken Kollegen Barnhoff geleitet wurde. Kollege Schent fand beim Antritt seines Amtes eine große Zerstörung im Organisationsleben vor, und die auch heute noch bestehenden Verlebenschwierigkeiten machten die Neuordnung nicht leicht, so daß es ihm bisher nicht möglich war, alle Vereine regelmäßig zu besuchen. Die Anpassung der Vereine mit den Nachbarschaften macht einen Vergleich mit früheren Verlebensbedingungen fast unmöglich. Besonderen Dank fand die Frauenschaft, die während der Kriegszeit in mehreren Vereinen die Geschäfte der Organisation ausfüllten, und das durchweg viel besser als die Männer. Zu fragen haben der Bezirksauschuss über die mangelhafte Berichterstattung der Vereine. Die Post- und Verlebensverhältnisse seien allerdings an vielen mit gleich. Die Kollegen in den Vereinen müßten auch mehr auf Ordnung in der Geschäftsleitung achten und das Statut beachten. Die Mitgliedsbuch im Bezirk steht im 2. Vierteljahr 1914 auf 15 781, am 28. März 1919 hatten wir erst wieder 12 579 Mitglieder, so daß wir zurzeit noch 3152 Mitglieder weniger haben als dem Kriegesbeginn. Dabei haben die Vereine Detmold, Celle, Hildesheim, Minden, Peine und Bymont ihren Bestand von 1914 zum Teil recht erheblich überzählert. Umgekehrt fehlt die Post der organisierten Bauarbeiter im Bezirk bedeutend größer sein. Die Kollegen müßten dahin streben, auch die Tischarbeiter in noch größerer Zahl in unsern Verbande zuzuführen. Bei den Lohnverhältnissen und der Lohnumrechnung machten die Unternehmern in einigen Orten Schwierigkeiten; als Stütze dienliche Organisation der Bauarbeiter. In der dem Bericht folgenden Ansprache leitete Kollege Otto aus Hamburg den Delegierten mit, daß der Verbandsvorstand dringend ersucht, die Vereinstatuten möglichst rasch mehr als bisher die Bestimmungen des Statuts zu eigen machen. Der Verbandsvorstand würde gern eine ganze Reihe von Geschäftsmaßnahmen den Vereinstatuten übertragen, namentlich Arbeiten, die uns sehr große Notzusaubgaben verursachen; aber wenn man in den Vereinstatuten rasch viele angelegte Kollegen, das Verbandsvorstand Arbeit und Unkosten noch weiter auf sich nehmen. Kritische Äußerungen zum Bericht des Kollegen Schent wurden von den Delegierten nicht gemacht. Der Kollege Dabingert, Hildesheim, wünschte, daß man

in Bureau des Verbandsvorstandes nicht alles heimlich sein sollte. Es handelt sich hauptsächlich um die Zurückführung von Büchern, in denen 1 oder 2 Marken fehlen. Der Kollege Dabingert, Peine, brachte zur Sprache, daß bei ihnen die Metallarbeiter beiträgen, Maurer und Bauhilfsarbeiter, die auf dem Marktwort arbeiten, die sich aufzunehmen. Hierauf sprach Kollege Otto über unsere diesjährige Tarifvertragsbewegung. Einleitend rief er mit einigen Sätzen den Kollegen jene Zeit in das Gedächtnis zurück, als wir noch keine Verträge erzielten konnten. Wie dann das Vertragsvergehen sich langsam dem stilligen zum Vertragsvergehen und schließlich zum generalen Tarifvertrag entwickelte, um nun durch den Krieg und die als seine Nachfolgerin aufmarschierende Revolution einen gewaltigen Schritt vorwärts zu tun. Gleich sei der jeweilige Tarifvertrag ein Ausdruck der bestehenden Machtverhältnisse zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen gewesen. Und so sei es auch bei einem etwaigen neuen Vertrag. Allerdings hätten sich die Machtverhältnisse gänzlich zu unseren Gunsten verschoben. Die alte Regierungsmehrheit, die sich mit allen Mitteln in den Dienst des Unternehmertums stellte, sei verschwunden, und es liege an uns, wie wir die jetzige Zeit für uns nutzbar machen. Da in vieler Orten schon immer der Wunsch unserer Kollegen war, weitestgehenden Einfluß auf die Tarifvertragsbestimmungen zu haben, seien die Verbandsvorstände diesen Verlangen mit einem neuen Vertrag entgegen nachgekommen. Dieser Entwurf stellt gewissermaßen nur einen Rahmen für die Orts- oder Bezirksvereine dar. Auf die einzelnen Wünsche des Entwurfs eingehend, erklärte Redner die Neuerungen und Verbesserungen. Es sei hauptsächlich, daß wir neben diesen neuen Verträgen für das Hochbaugewerbe auch noch einen besonderen Vertrag für das Tischlergewerbe bekommen würden. Die organisierten Kollegen müßten daran denken, daß wir zum Zeitpunkt im Tischbau mit bewußten Arbeitern zu rechnen hätten, die wir rechtzeitig für die Organisation gewinnen müßten. Besonders der Bezirk Hannover werde schon in kurzer Zeit Tausende von Tischlerarbeitern zu betreuen haben. — In dem Bericht schloß sich eine lebhaft ausgeführte Aussprache an, der allgemein hervorgehoben, daß die Kollegen keine Zeit haben, noch lange Zeit mit Verhandlungen zu verziehen. Die Kollegen erwarteten überall, daß ein neuer Vertrag ihnen die Möglichkeit einer bedeutenden Verbesserung ihrer Lebenslage mitbrächte. Kollege Schent leitete mit, daß die Unternehmerrückgriffe auf Verhandlungsangebote von uns mehrenfalls abzuweisen, sie wollten erst den Verkauf der gesamten Verhandlungen abwarten. Er habe ferner den Eindruck, als wenn viele Arbeitgeber passive Weisheit übten, augenscheinlich sich mandieren der Arbeiter gar nicht so sehr um die Neuzugewinnung von ihnen. Kollege Schent über, Braunschweig, teilte mit, daß die Braunschweiger Kollegen entweder einen Vertrag nach ihren Wünschen wollten oder gar keinen. Kollege Schent vier, Minden, erlachte, daß mit der Annahme dieses Vertragsentwurfs den einzelnen Vereinstatuten eine viel schwerere Verantwortung für die Verhandlungen auferlegt sei als bisher. Er machte noch besonders darauf aufmerksam, daß die gutwillige Anziehung viele Kollegen aus den Städten auf das Land bringen werde. Das müßte bei der Lohnfestsetzung berücksichtigt werden. Der Kollege Dabingert, Hildesheim, leitete mitteilen, daß die Kollegen in Detmold, Peine, Detmold und Minden über die Lohnforderung bereits verständigigt haben. Die Kollegen Drewes, Guxhagen, und Bachmann, Hannover, redeten besonders gegen die Verhandlungen. In der Debatte beteiligten sich ferner die Kollegen Beyer, Hildesheim, Kaufinger, Hildesheim, Witt, Hannover, Dabingert, Peine, und Beyer, Hannover, wobei die Lohnforderungen für sehr große Meinungsverschiedenheiten ergaben. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Otto wurde eine Entschließung angenommen, den Verhandlungen entgegenzutreten. Die Entschließung lautet: „Die Konferenz des Bezirks Hannover stellt zum Tarifvertragsabschluss folgende Resolutionen auf: 1. Der Vertrag soll höchstens auf ein Jahr abgeschlossen werden; 2. die örtlichen Verhandlungen haben sofort zu beginnen, wenn es möglich ist; 3. die Verhandlungen werden in mehreren Stufen abzuwickeln sein; 4. die Verhandlungen sollen in mehreren Stufen abzuwickeln sein; 5. die Verhandlungen sollen in mehreren Stufen abzuwickeln sein; 6. die Verhandlungen sollen in mehreren Stufen abzuwickeln sein.“

in Aussicht, der Verband hätte nun überhaupt keinen Zweck mehr. Zu dankenswerter Weise sind es dann in verschiedenen Orten Frauen gewesen, die die Führung der Massengedächtnisse übernommen und bis zum Kriegesende ordnungsmäßig geführt haben. Gegenständig habe in den ersten Kriegsmomenten die vom Verbandsvorstand eingeleitete Notstandsunterstützung gemeint, weil in der ganzen Provinz die Arbeit ruhte. Auf der Gegenseite der Lohnbewegung und Agitation hat die Bezirksleitung alles getan, was in ihren Kräften stand. Im Jahre 1918 wurde ein Tarif abgeschlossen, der für die Maurer im Wiederaufbaugewerbe einen Stundenlohn von 85 $\frac{1}{2}$, in allen übrigen Orten, außer Königsberg, 75 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn vorsah. Durch weitere Verhandlungen wurde der Lohn auf 1,10 bis 1,20 für die Stunde erhöht. Zur Förderung der Agitation wurden im Jahre 1918 geeignete Kräfte angestellt, jedoch war der Erfolg so gering, daß von Tausenden nach Österreich ausgewanderten Maurern nicht einmal der dritte Teil für die Organisation gewonnen werden konnte, so daß später von einer weiteren Freistellung noch nicht so hoch gehalten, wie sie vor Ausbruch des Krieges war. Es sei deshalb notwendig, daß nachdem die Währungsfrage einseitig die Agitation mit voller Kraft betrieben werde. Der Verbandsvorstand wurde, daß im Verein Königsberg, durch die politischen Ereignisse eine Entwertung demerbar ist, deren Gewicht die Folge der Kriegszeit Organisation mehr schädigen als sie nützen kann. Von der Stellung über alles getan, um die Geschlossenheit der Organisation aufrechtzuerhalten.

Heber, Lohnbewegung, Organisation und Agitation in der Provinz Königsberg. Heber die Lohnbewegung beschäftigt, daß Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband stattgefunden haben wegen Wiederrücknahme des Vertrages. Der Verbandsvorstand ist der Ansicht, daß dieses zum großen Teil aus dem Jahre 1910 uns ausgegangene Vertragsmuster geändert werden müsse. Es sei notwendig, daß auch die Regelung und das Tarifwesen in der Provinz aufgenommen werden, außerdem müsse auch die Arbeit in einer anderen Form geregelt werden. In verschiedenen Fragen sei eine Einigung bereits herbeigeführt. In der Organisation, sei eine endgültige Regelung der Bezirksvereine noch nicht erfolgt, weil man nicht voraussehen kann, wie sich in Zukunft die verschiedenen Verhältnisse gestalten werden. In der Agitation müsse jeder seine ganze Kraft einbringen. Ganzsicherlich haben wir unser ganzes Augenmerk auf die Orts- und sonstigen Tischlerarbeiten zu richten. Die Schwierigkeiten, die wir früher mit den ausländischen Arbeitern hatten, scheiden heute für uns aus. Dann müsse das Wandergewerbe werden. Hierzu gefordert vor allem Dingen, daß gute Disziplin in der Organisation vorhanden ist.

In die Berichte schloß sich eine lebhaft ausgeführte Aussprache, die zum Teil durch königsberger Delegierte veranlaßt wurde, die den Standpunkt vertraten, daß die Politik der General- und Arbeitervereine falsch war, als sie sich auf den Ausbruch des Krieges einließen und Generalstreikangelegenheiten reklamierten, während man die Mitglieder in den Krieg hineintrieb. Mit Enttäufung wiesen alle übrigen Delegierten diesen Vorwurf zurück. Es wurde angeführt, daß gar nicht die Rede davon sein kann, daß die Generalstreikaktionen für die Arbeiter eine politische Entscheidung vor dem Zusammenbruch bedenkten, dann konnte keine andere Politik eingeschlagen werden. Im übrigen konnten nur die Kollegen reklamiert werden, die in militärischen Sinne sich als Generalstreiker einfügten. In der Lohnfrage waren die wesentlichen Lohnforderungen der Arbeiter nicht erfüllt, weil die Bauarbeiter mit ihren Absichten hinter anderen Arbeitergruppen weit zurückgeblieben sind. Die Verhandlungskommission für den Bezirk soll der neu gewählte Bezirksauschuss sein, dem auch Kollegen der Provinz angehören. Die Verhandlungen werden die Kollegen Lübbing und Krieger mit der Lohnfrage beschäftigt, daß, solange Kollege Lübbing an der Führung der Geschäfte des Bezirkskommissars teilnimmt, Kollege Krieger Bezirksleiter ist. Ferner werden die Verhandlungen über die Lohnfrage durch die Kollegen Lübbing (Hildesheim), Schulz (Hildesheim), Kowal und Kuhnert (Königsberg) geleitet. Mit einer Warnung des Kollegen Lübbing, die Politik nicht in die Verammlung hineinzutragen, die Organisation hochhalten, alles Brennende beiseite zu lassen und das Eintrüben zu wahren, wurde die Konferenz geschlossen.

Bezirk Leipzig. (Bezirkskonferenz.) Die Konferenz tagte am 30. März in Chemnitz. Den Bericht über die diesjährige Konferenz leitete Kollege Fiedler. Seit 1911 während der Kriegszeit des Bezirks. Die Verhältnisse kamen zu kommen. Im Jahre 1913 hatten wir im Bezirk noch 39 000 Mitglieder. Die Mitgliedsliste 1911 brachte uns einen Verlust, so daß die Zahl auf 32 000 Mitglieder zurückging. Erst im 2. Quartal 1914 war wieder eine Steigerung um 1000 Mitglieder zu verzeichnen. Das zweite Halbjahr stand fast im Zeichen des Krieges, wir verloren die Hälfte der Ortsvereinstatuten. Die Statistik über die Mitgliederzahl wurde durch die Kriegsleistung zu helfen. Im ersten Anlauf betrug die Mitgliedsliste 15 000 unserer Mitglieder, also fast die Hälfte der Mitgliedszahl mußte sich dem Mitgliedsbuch zur Verfügung stellen, die andere Hälfte wurde arbeitslos. Zum Vergleich, die andere Hälfte um 3, es blieben uns noch 83 000 Mitglieder. Im Anfang des Jahres 1915 waren von 17 000 Mitgliedern nur 4000 arbeitslos, im April noch 1400. Es blieben am 30. März 1915 noch rund 10 000 Mitglieder, alle anderen waren zum Kriegsdienst gekehrt. Ein kleiner Teil war in der Organisation den Wägen gefahren. Im Jahresbericht 1916 verloren wir 22 000 Mitglieder, 20 Vereinstatuten waren wieder zerfallen, und die Mitgliedszahl war auf 8000 gesunken. 1917 ging die Mitgliedszahl um 2000 herunter, erst im dritten Vierteljahr 1918 hatte sich die Zahl mit einer Mitgliedszahl von 7707 seinen Höhepunkt gefunden. Heber 22 000 Kollegen müßten im Kriegsdienst dienen, 21 000 Kollegen fielen dem Kriegswahn zum Opfer, die Rest der Restposten war bisher noch

nicht festzustellen. Bis zum März dieses Jahres haben wir wieder eine Mitgliederzahl von 28 000 erreicht. Nach Weggang der Gefallenen und Kriegesbeschädigten...

Zur Lohnregelung führte Kollege Jacob aus: Die generellen Verhandlungen hätten noch nicht das gewünschte Ergebnis gebracht. Lohn und Arbeitszeit müßten endlich über die Verhandlungen geregelt werden. Der Grundbesitz, das gute Durchführen einer Lohnbewegung eine gute Konjunktur notwendig sei, kann keine Geltung haben. Maßgebend sein muß die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse.

Die hierzu vorgeschlagenen Beschlüsse ergaben die einstimmige Wiederwahl des Kollegen Jacob als Bezirksleiter. In den Bezirksausgängen wurden getauft: die Kollegen Goldschall, Wenzhardt, Fabel, Vert...

Südensteier. Am 30. März fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, die sich mit dem kommenden Vertragsabschluß befaßte. Es sollen für hier 250 Stunden die Lohnunterstützung für die Arbeitslosen geregelt werden. Die Verhandlungen im Bezirk vereinigen sich nachfolgende Fortschritte. Am 10. bis 31. März haben wir 200 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Die Hauptursache ist, so daß wir mit einem weiteren Anstieg rechnen dürfen.

Münzberg. (Nagelbericht) Am 2. März hielt unser Bezirksverein seine Generalversammlung (Vertreterversammlung) ab. Von 104 geladenen waren 80 Vertreter erschienen. Es haben also 24 Vertreter gefehlt, wofür in Folge der derzeitigen schlechten Verkehrsverhältnisse. Den Bericht gab Kollege Flegler. Besonders ging er auf die Teuerungszugaben und die Zustände an den Baustellen während des Krieges ein, um die berechtigten und zum Teil auch unberechtigten Klagen über die Inzulänglichkeiten der Teuerungszugaben zu klären. Es ist festzustellen, daß doch eine im Juli 1917 angenommene Statistik ergab, daß von 2245 Beschäftigten nur 1502 im Deutschen Bauarbeiterverband, 820 bei anderen Verbänden, 30 bei den Christlichen und 3 bei den Selbstorganisierten waren. 394 waren überhaupt nicht organisiert. Das Bild veränderte sich aber noch mehr durch die im November 1918 angenommene Statistik, nach der nur noch 1383 Beschäftigte registriert wurden, wovon 1016 bei uns und 91 in anderen Verbänden organisiert waren, so daß sich die Zahl der bei uns organisierten auf 470 erhöhte. Dazu kommt noch ein erheblicher Teil Heimkehrer, die gleichfalls großer Mangel ihren Organisationspflichten nicht nachkommen. Wenn man das alles berücksichtigt, dann muß man zugeben, daß während des Krieges an Teuerungszugaben erreicht wurde, was im Rahmen der Möglichkeit lag. Jetzt geht wieder ein guter Zug durch die Organisation und damit wächst die Lust der Mitglieder, die sich selbst zu helfen. Wichtig ist aber, daß diese Organisation nicht nachlassen darf. Wenn auch in dieser Frage ein Aufbruch notwendig ist, die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1917 1274. Im Laufe des Jahres sind neu eingetreten 301, davon waren fast einmal Mitglied 61, ungetauft (angemeldet) 18, vom Militär zurück 44, von anderen Verbänden übergetreten 6, zusammen 243. Im Laufe des Jahres sind übergetreten (abgemeldet) 124, abgemeldet (nicht abgemeldet) 300, gestorben (keine Mitglieder) 31, ausgeschieden 2, zum Krieges eingezogen 47, wegen Minderjahre getrennt 19, zum Krieges eingezogen 52. Am

Schluß des Jahres 1918 blieben 1600 Mitglieder. Zum Jahresanfang sind insgesamt 2211 Kollegen eingezogen worden. Zurückgetreten haben sich aber bis Jahresanfang nur 1810, so daß 901 Kollegen ihre Anmeldeung noch nicht vollzogen hatten. Eine Besserung dürfte aber alsbald eintreten, nachdem auch jene Kollegen, die noch freiwillig Dienstleistungen leisten, beurlaubt worden sind, daß auch sie nun Beiträge zahlen müssen. Die Einnahmen der Hauptkasse einschließlich vorausgezahlter Monatsbeiträge für die Hauptkasse betragen 46 725,71. Die Ausgabe in gleicher Höhe setzt sich aus folgenden Posten zusammen: In die Hauptkasse abgeführt 21 533,30, Arbeitslosenunterstützung an 103 Mitglieder 4 496, Krankenunterstützung an 578 Mitglieder 15 068,30, Rechtschutz und Gerichtsverfahren 344,11, Unterhaltung in Sterbefällen an 34 Mitglieder 4787, Familienunterstützung an eine Familie (Kriegler) 26. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen mit Kassenbestand 74 323,93, die Ausgaben 21 039,13, so daß ein Kassenbestand für die Lokalkasse von 53 284,13 verbleibt. Zur Erledigung der Geschäfte und Agitation wurden 24 Sitzungen des Bezirksvorstandes und 102 Versammlungen abgehalten. Letztere in der Hauptsache zur Durchführung der Verhandlungsbeschlüsse, verbunden mit der Vertragsprüfung, die ohne allzu große Widerstände von den Kollegen hingenommen wurde. Eine Kritik an der Tätigkeit wurde im allgemeinen nicht geübt. Über darüber waren sich alle Vertreter einig, daß mit aller Kraft an dem Weiterbau der Organisation gearbeitet werden muß, damit beim zukünftigen Vertragsabschluß auch wir Bauarbeiter auf unsere Rechnung kommen können.

Leistungen. Am 13. März wurde hier der erste Tarifvertrag abgeschlossen, mit Geltung vom 1. April 1919 bis 31. März 1920. Der Vertragsabschluß kam in jeder Hinsicht als ein schöner Erfolg für uns angesehen werden. Es wurden nachstehende Löhne festgelegt: für Maurer und Sticker beträgt der Stundenlohn 1,50, für Jungstellen und Gesellen über 55 Jahre alt 1,60, Hilfsarbeiter erhalten im Alter von 14 bis 17 Jahren 1, von 17 bis 20 Jahren 1,50 und über 20 Jahre alt 1,80 pro Stunde. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, außer Samstags, weil dann nachmittags nicht gearbeitet wird. Nach dem auf unser Verlangen bestimmt, daß keine unangenehmeren Arbeiten beauftragt werden dürfen. Es wird nun Sorge der Kollegen sein, das Erzeugnis auch festzusetzen, indem wir den Tarifvertrag genau innehalten. Besonders werden wir den vom Heuberg kommenden Kollegen begreiflich machen müssen, daß wir nicht jenseits Willens sind, ihre Lage auf unsere Kosten zu verbessern. Wer nicht mit uns ist, hat sich wieder uns! Das werden wir ihnen zu verstehen geben.

Eingestelltes Strafverfahren.

Anfang 1914 brachten wir im „Grundstein“ einen Bericht unserer Döbelförderer Hieslergesellschaft, der sich mit einem Antrag der freien Vereinigung der Hieslerleger beschäftigte und sich dabei auch mit einigen Worten gegen den Hieslerstreik, Herrn Karl Windhoff in Döbelför, wandte. Herr Windhoff sagte sich durch den Bericht beleidigt und lehnte die Zutritt in Bewegung, die schließlich auch gegen den verantwortlichen Redakteur des „Grundstein“, Kollegen H. Ullinger, verlagert wurde. Die Hieslergesellschaft zeigte sich so lange hinaus, daß der Hieslerstreik der Verhandlung des Krieges dauern kann. Wir haben dann von der Frage während des ganzen Krieges nichts mehr gehört und waren der Meinung, daß die Sache ihren Bestand längst verloren hätte. Jetzt stellt uns das von verschiedenen Anzeigen erhaltene, daß ein Ausbruch der Revolution kam aber eines Tages ein Kriminalbeamter zu uns, um weitere Erhebungen in der Sache zu veranlassen, woraus wir ersehen, daß das Strafverfahren während des Krieges nur gerast habe. Jetzt stellt uns das mit dem Hieslerstreik, daß das Strafverfahren wegen uns auf Grund des Anzeigens vom 2. Dezember 1918 eingeleitet sei.

An die Bauarbeiter der Schwerindustrie.

Nachdem die Bauarbeiter, Maurer, Eisenmänner und Bauhilfsarbeiter der Schwerindustrie, durch die Not gezwungen, während des Krieges den Wert der Organisation erkannten, ist es auch möglich geworden, für sie in das Anfangs Stadium der Tarifverträge einzutreten. Nun hat man auch in Duisburg für elf größere Hüttenwerke Einheitslöhne vereinbart. Wenn diese Vereinbarungen auch keine Musterverträge sind, so kann es doch freudig begrüßt werden, daß die Hüttenbesitzer endlich gezwungen waren, sich mit Arbeitervertretern an den Verhandlungstisch zu setzen. Wenn in der Gegenwart wieder die Meinung vorherrscht, daß Tarifverträge bei der heutigen sprunghaftigen Steigerung der Lebensmittelpreise hinderlich sind und daher öfter den Verträgen von kurzer Dauer das Wort gerichtet wird, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß Verträge von längerer Dauer die Güter für die Arbeiter halten, die sie bei den niedrigen Preisen der Konjunktur vor dem Krieges erinnert. Vor allem ist es auch nötig für unsere korporelle Gesundheit, daß das Überstundenunwesen beseitigt wird, und daß die Sonntagsarbeit auf das Mindestmaß beschränkt wird. Während des Krieges fand diese in voller Wille. Wenn auch jetzt in der Lebensmittelpreis wenig überstanden und Sonntagsarbeit verlangt werden, so müssen wir doch prüfen, um das Hebel zur gegebenen Stunde zu beschöpfen, und, wenn möglich, bis zur Wurzel auszurotten. Nachdem nun durch die Revolution die Stellung der Arbeiter wesentlich geändert wurde, müssen wir auch aus Gewandheitsgründen diese einleiten, daß auch die Arbeiter Erholungsurlaub erhalten, wie ihn die technischen und kaufmännischen Angestellten der Schwerindustrie schon lange Jahre genießen. Was hat ja auch in einzelnen Werken den Arbeitern Erholungsurlaub bewilligt, aber die Löhne so verhalten, daß sehr wenige Arbeiter Freunde davon hatten. Zum Beispiel: man muß 15 Jahre auf dem Werke gearbeitet haben, oder 40 Jahre alt sein und zehn Jahre dort gearbeitet haben, um jährlich ganze 4 Tage Erholungsurlaub zu erhalten. Dies sind unhaltbare Zustände, denen wir ganz entschieden entgegenzutreten müssen.

Wir müssen es zurückweisen, uns ferner als Menschen zweiter Güte behandeln zu lassen. Wir, die Männer der produktiven Arbeit, haben das größte Recht, zu fordern, was die kaufmännischen und technischen Angestellten bereits im Besitz haben. Folglich muß unsere Lösung sein: Perens mit dem Erholungsurlaub für alle Arbeiter, damit auch der der Erholung so bedürftige Arbeiter sich einige Tage alljährlich frei fühlen und bewegen kann! Um nun diese Fragen mit Erfolg zu lösen, müssen wir auch den letzten Bauarbeiter für den Deutschen Bauarbeiterverband gewinnen. Den Eisenmännern und sonstigen Bauarbeitern, die bis heute der Organisation noch fernstehen, rufen wir zu: Hinein in den Deutschen Bauarbeiterverband! Kollegen, sorgt dafür, daß die Mitgliederkontrolle regelmäßig durchgeführt wird! Außerdem muß es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen sein, die Reklamierungen zu besuchen. Josef Schmeider, Duisburg.

Das Rätesystem und seine Bedeutung für die Bauarbeiter.

Schwere wirtschaftliche Krisen durchläuft jetzt die deutsche Arbeiterklasse. Doch auch die Bauarbeiter an den Wirtschaftskämpfen nicht unbeteteiligt sind, beweisen die Zahlen der Frage aufgeworfen: Warum diese Streiks? Warum die doch gewiß im Interesse der Arbeiterklasse arbeitet. Wer man sollte diese Fragen einmal richtig prüfen, und man kommt dann zu dem Resultat, daß diese sozialistische Bewegung durchaus nicht ihre Aufgaben den Massen gegenüber erfüllt hat. Wohl haben die Herren dort oben an der Spitze immer die Aufgabe: die Zeit ist zu kurz und wir müssen erst überlegen; aber den Beweis ist man den Arbeitern schuldig geblieben. In den Streifen der Generalstreiks ist durchaus nicht der revolutionäre geistige Geist zu spüren; man steht immer noch an dem alten bürokratischen System und will es nicht lassen, das heute Probleme, die früher als Lösung galten, zur Aufgabe geworden, ja schließlich überholt sind. Viele Kollegen haben der Organisation miltärisch gegenüber; sie werden als Opportunisten behandelt, ihre Ideen als unausführbar betrachtet. Und doch haben diese Kollegen heute mehr als je viel Macht darauf zu drängen, daß diese Ideen näher geprüft werden. Als es während des Krieges vorüber war, die sich schließende Schwundjudikatur der Gewerkschaften hantuierte, wurde mir in persönlicher geschäftigen Briefen genantwortet, welches heute die Verhältnisse wohl nicht auf veränderlichen können. Inzwischen hat die Revolution in Deutschland eingegriffen. Die Arbeiter werden begeistert, kochen doch wohl alle den Gedanken, daß jetzt das kapitalistische System verschwinden würde, um dem Sozialismus Platz zu machen. Sozialismus, das Wert, welches den Arbeiter zum Schwandem der Ausbeutung befreien und ihn zum Herrn der Produktion machen soll. Worte, schöne Worte sind genug gesprochen; aber die Taten sind gleich Null. Statt der Taten Worte, Arbeiter. Sozialismus ist Arbeit. Von der sozialistischen Bewegung angepeitscht zur Arbeit, zum Ausbeuten vom Geld, wachseln idone Erzeugnisse, die Arbeiter. Feinheitsgefühl die sozialistische Bewegung der Sozialisten hat unter dem Namen angezogen, und erst harte Kämpfe, Einsetzung des Generalstreiks, Vergleichen von Arbeiterblut durch rachsüchtige Offiziere bringen konnten, ehe sich die Regierung zu dem bloßen Versprechen Anerkennung der Betriebsräte, herabließ. Aber nur Betriebsräte für die Arbeiter und die öffentliche Industrie noch nicht festgelegt, nur verkprochen. Kein Wort von den Betriebsräten im Gewerbe, kein Wort von der Landwirtschaft, und doch, wie notwendig sind alle diese Einrichtungen. Wenn falls der Schritt der Zeit, es geht doch das Wort der Zeit. Soll der Bauarbeiter, der in so frühzeitige tritt, soll der Arbeitslosigkeit unterworfen sein, entgegengezwungen werden, so muß unser Verband dazu Stellung nehmen. Wir müssen darauf dringen, daß die Arbeiter, die heute im Wirtschaftsleben eine große Rolle spielen, unbedingt in der Verfassung gleichberechtigt vertreten werden. Wohl wird nicht nur die Regierung, sondern auch der Proletariat, so doch nur, um die Massen zu befähigen. Aber die Kraft zum Durchbrechen der Forderung der Arbeiter steht. Es hängt alles in der Luft, und deshalb blüht der Weizen der Kapitalisten. Den Arbeitern und Betriebsräten stellt die exklusive Gewalt, die auch dem Proletariat mitzubehalten. Man werde nicht immer ein, die Arbeiter können oder vielmehr sie verstanden es nicht. Ich weiß, daß es viele Arbeiter gibt, die nicht nur mit Strafen, sondern auch mit der Tat den Widerstand der sozialistische Regierung geschweigt. Sie werden durch die angeblich sozialistische Regierung gezwungen. Nur ein Beispiel: Vor kurzem floge mit ein Baumarbeiter seine Not. Er brachte seine Anklage dahingehend zum Ausdruck, daß nicht etwa die Arbeiterlöhne, sondern nur die hohen Materialpreise und gleichzeitig der Mangel an der Baumstoffe schon seien. Ein Diebstahlschreiber soll nach seiner Meinung in 14 Tagen 120 000 verdient haben. Die Diebstahlschreiber kosteten das Tausend 11 50 und 14 Tage nach der Revolution 1 90, obwohl 400 000 Steine für und fertig vor dem Waffensstillstand dastanden. Eine Anklage, die diese Verhältnisse aufklärt, gibt es nicht; die Arbeiterklasse haben nichts zu sagen, und die Polizei, in den Händen der alten Bürokraten, kann auch nichts unternehmen. Es wird auf anderen Gebieten dergleichen Zustände. Hier wäre es Pflicht, Bezirksräte zu bilden, die diesem Lebel zu Weis stehen. In dem Kampfe, der sich heute zwischen Kapital und Arbeit abspielt, stehen beide Parteien hart auf hart einander gegenüber. Die Arbeiter fordern die Macht, und die Kapitalisten verweigern ihr Geld, um der Mangelzeit zu helfen. Immer ist der Vol, um den die Kapitalisten kämpfen werden, ihre Betriebe zur Sozialisierung herzugeben. Das man hat guten Worten bei dem herrschen Charakter des Kapitalismus nichts erreicht, diese noch selbst denken Arbeiter klar sein. Der kann nur ein helfen: das radikale Durchgreifen, nicht mit Reformen, wie es die Arbeiter sozialisten über, besser gesagt, die Reformisten wollten, zu denen der Verbandsvorstand und die meisten Angestellten sich hin stellen, sondern nur mit Radikalismus kann der Sozialismus errungen werden. Nicht durch das System der Arbeitskammer — eine Verlage.

